Aktuelle Antifa-Doku

Was geht ab?

3,50 DM

#1 - Dezember '94

Dies ist nun die erste Ausgabe der *Was geht ab?*, einer monatlichen Nachrichten-Dokumentation zum Thema Rechtsextremismus und Rassismus, Antifaschismus, Staat und Repression. Sie wird jeweils zum Ersten des Monats erscheinen und zum praktischen Arbeiten für antifaschistische Gruppen und einzelne Menschen dienen.
Wenn du Informationen zum Veröffentlichen hast, Nachrichten, Termine, dann nix wie her damit!

Rechte Szene in NRW ordnet sich neu

Brandanschläge

Nazi-Waffenlager

Zeitungsvorstellung

Österreich

Morde an Antifaschisten

Gegen die "Junge Freiheit"

Bewährung für Mordversuch

Ahoi!

"Was geht ab?" - ein seltsamer Titel für eine Zeitung, aber er drückt aus, was in ihr steckt. Nämlich Nachrichten über das, was so passiert in der rechten Szene, denn das ist das zentrale Thema, das wir behandeln. Nachrichten und Berichte, vor allem über Aktionen, Veröffentlichungen, Organisationen und Personen des rechten Randes der Gesellschaft. Wobei der von ausgesprochenen Nazi-Organisationen durchaus bis in die bürgerlichen Parteien hinein reichen kann. Daneben werden Aktivitäten und Publikationen antifaschistischer und antirassistischer Initiativen vorgestellt.

Schließlich schreiben wir auch über das, was sich zum Thema Asyl ereignet oder von den Regierenden ausgeheckt wird.

Was geht ab?

Die **Was geht ab?** machen wir, weil wir sie brauchen. In unserer täglichen antifaschistischen Arbeit bei den Edelweiß-Piraten sind wir immer wieder an den Punkt gekommen, an dem uns Informationen gefehlt haben. Sei es ein Überblick über bestimmte rechte Organisationen, Regionen oder Zeitabschnitte. Wenn man etwas wissen wollte, fing die Suche an - oder man ließ es ganz sein. Wenn es wirklich wichtig ist, hatte man höchstens noch die Möglichkeit, irgendein Archiv zu bemühen, was aber auch viel Zeit in Anspruch nahm. Deshalb hatten wir die Idee, Nachrichten aus der Zeitung, aber auch von anderen Antifagruppen zu sammeln, zu katalogisieren und für uns benutzbar zu machen. Da das aber viel Arbeit ist, haben wir uns entschlossen, das etwas aufwendiger und besser zu gestalten, dafür aber auch anderen Menschen und Gruppen zur Verfügung stellen zu können. Das Ergebnis liegt vor dir.

Diese Zeitung ist eine Dokumentation, d.h. sie enthält kaum eigene Artikel. Uns ging es ja nicht darum alles neu zu schreiben, sondern die Informationen gesammelt anzubieten. Für die inhaltliche Richtigkeit der Nachrichten können wir daher in der Regel auch nicht garantieren.

Die **Was geht ab?** ist kein Produkt einer professionellen Redaktion, ganz im Gegenteil. Die Aufgabe, diese Zeitung zu produzieren, haben vor allem diejenigen Leute aus unserer Gruppe, die noch nicht in andere Aufgaben fest eingebunden waren. Für die meisten von uns ist es das erste Projekt, an dem wir an verantwortungsvoller Stelle mitarbeiten. Deshalb bitten wir auch sehr um Nachsicht, denn die Chancen, daß etwas schiefgeht, sind sehr hoch...

Produziert wird die **Was geht ab?** von den Edelweiß-Piraten Berlin, doch da wir keine "juristische Person" (Verein oder ähnliches) sind, hat sich der Verein "A-Point e.V." als Herausgeber und

Wie die Was geht ab? funxioniert:

Die Zeitung ist nach Bundesländern sortiert, innerhalb der Bereiche Nord, West, Süd und Ost. Dahinter kommen bundesweit gültige Artikel, danach das Ausland. Am Ende steht eine kurze Auflistung von aktuellen Antifa-Zeitungen. Den Index für diese Ausgabe haben wir auf die letzten Seiten gesetzt.

Die Artikel enthalten am Anfang mindestens eine Quellenangabe. Bei mehreren Möglichkeiten haben wir nur ein oder zwei Quellen angegeben. In der Regel sind die abgedruckten Artikel nicht mit denen in der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf.

Der Index ist unterteilt in die vier Bereiche "Stichworte", "Organisationen/Medien", "Personen" und "Orte". Er enthält die Seitenzahl sowie die Überschrift des Artikels (oder einen Teil davon).

Anschrift:
Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin

Redaktionsschluß für die #2 (Januar '95): 20. Dezember 1994

Unterstützer zur Verfügung gestellt. Der **A-Point e.V.** hat sich neben der Jugendarbeit (Fereienlager etc.) auch der Unterstützung antifaschistischer Initiativen verschrieben.

Diese Zeitung ist für uns nicht nur Neuland, sondern sie ist auch ein Wagnis: Es steckt massig Arbeit drin und wer weiß, ob wir es erstens schaffen, sie auf Dauer monatlich hinzukriegen und zweitens, ob sie überhaupt von anderen Initiativen und Menschen angenommen wird, also ob tatsächlich ein Bedarf dafür besteht. Aus beiden Gründen haben wir das Erscheinen der Zeitung auf erstmal sieben Nummern begrenzt. Mit der Juni-Ausgabe werden wir eine Pause einlegen, werden unsere Kräfte und den (Miß)-Erfolg des Blattes analysieren und dann entscheiden, ob wir sie weiterhin machen werden oder nicht. Aus diesem Grund können Abos auch nur bis einschließlich der Nummer [...] werden. F[...] da[...] ist[...] rIn[...] So[...] ke[...] Da[...] Zu[...] be[...] Vie[...] Na[...] ste[...] da[...] an[...] de[...] ma[...] me[...] mö[...] Imi[...] ein[...] Wa[...] ers[...] hall[...] 20. des Vormonats schon Redaktionsschluß. Denn eine Woche brauchen wir auf jeden Fall zum Tippen, Layouten und Drucken. Wenn also was in die nächste Ausgabe rein soll, muß es bis zum Zwanzigsten hier sein! Später mal, wenn wir reich sind, werden wir uns auch noch ein Faxgerät anschaffen, aber das dauert noch. Bis dahin muß das Postfach reichen!

Impressum:
Was geht ab?
Ausgabe Nr. 1 vom 1. Dezember '94
Herausgeber: **A-Point e.V.**
Postfach 110 331
10833 Berlin
Redaktion: **Edelweiß-Piraten Berlin**
ViSdP: **Kai Mara**
Druck: **Eigendruck**, Berlin

Inhalt:

Ahoi!

"Was geht ab?" - ein seltsamer Titel für eine Zeitung, aber er drückt aus, was in ihr steckt. Nämlich Nachrichten über das, was so passiert in der rechten Szene, denn das ist das zentrale Thema, das wir behandeln. Nachrichten und Berichte, vor allem über Aktionen, Veröffentlichungen, Organisationen und Personen des rechten Randes der Gesellschaft. Wobei der von ausgesprochenen Nazi-Organisationen durchaus bis in die bürgerlichen Parteien hinein reichen kann. Daneben werden Aktivitäten und Publikationen antifaschistischer und antirassistischer Initiativen vorgestellt.

Was geht ab?

Die **Was geht ab?** machen wir, weil wir sie brauchen. In unserer täglichen antifaschistischen Arbeit bei den Edelweiß-Piraten sind wir immer wieder an den Punkt gekommen, an dem uns Informationen gefehlt haben. Sei es ein Überblick über bestimmte rechte Organisationen, Regionen oder Zeitabschnitte. Wenn man etwas wissen wollte, fing die Suche an - oder man ließ es ganz sein. Wenn es wirklich wichtig ist, hatte man höchstens noch die Möglichkeit, irgendein Archiv zu bemühen, was aber auch viel Zeit in Anspruch nahm. Deshalb hatten wir die Idee, Nachrichten aus der Zeitung, aber auch von anderen Antifagruppen zu sammeln, zu katalogisieren und für uns benutzbar zu machen. Da das aber viel Arbeit ist, haben wir uns entschlossen, das etwas aufwendiger und besser zu gestalten, dafür aber auch anderen Menschen und Gruppen zur Verfügung stellen zu können. Das Ergebnis liegt vor dir.

Diese Zeitung ist eine Dokumentation, d.h. sie enthält kaum eigene Artikel. Uns ging es ja nicht darum alles neu zu schreiben, sondern die Informationen gesammelt anzubieten. Für die inhaltliche Richtigkeit der Nachrichten können wir daher in der Regel auch nicht garantieren.

Die **Was geht ab?** ist kein Produkt einer professionellen Redaktion, ganz im Gegenteil. Die Aufgabe, diese Zeitung zu produzieren, haben vor allem diejenigen Leute aus unserer Gruppe, die noch nicht in andere Aufgaben fest eingebunden waren. Für die meisten von uns ist es das erste Projekt, an dem wir an verantwortungsvoller Stelle mitarbeiten. Deshalb bitten wir auch sehr um Nachsicht, denn die Chancen, daß etwas schiefgeht, sind sehr hoch...

Produziert wird die **Was geht ab?** von den Edelweiß-Piraten Berlin, doch da wir keine "juristische Person" (Verein oder ähnliches) sind, hat sich der Verein "A-Point e.V." als Herausgeber und

Wie die Was geht ab? funxioniert:

Die Zeitung ist nach Bundesländern sortiert, innerhalb der Bereiche Nord, West, Süd und Ost. Dahinter kommen bundesweit gültige Artikel, danach das Ausland. Am Ende steht eine kurze Auflistung von aktuellen Antifa-Zeitungen. Den Index für diese Ausgabe haben wir auf die letzten Seiten gesetzt.

Die Artikel enthalten am Anfang mindestens eine Quellenangabe. Bei mehreren Möglichkeiten haben wir nur ein oder zwei Quellen angegeben. In der Regel sind die abgedruckten Artikel nicht mit denen in der Quelle identisch, sondern beziehen sich inhaltlich darauf.

Der Index ist unterteilt in die vier Bereiche "Stichworte", "Organisationen/Medien", "Personen" und "Orte". Er enthält die Seitenzahl sowie die Überschrift des Artikels (oder einen Teil davon).

Schließlich schreiben wir auch über das, was sich zum Thema Asyl ereignet oder von den Regierenden ausgeheckt wird.

Anschrift:

Was geht ab?
Postfach 110 331
D - 10833 Berlin

Redaktionsschluß für die #2 (Januar '95): 20. Dezember 1994

Unterstützer zur Verfügung gestellt. Der **A-Point e.V.** hat sich neben der Jugendarbeit (Fereienlager etc.) auch der Unterstützung antifaschistischer Initiativen verschrieben.

Diese Zeitung ist für uns nicht nur Neuland, sondern sie ist auch ein Wagnis: Es steckt massig Arbeit drin und wer weiß, ob wir es erstens schaffen, sie auf Dauer monatlich hinzukriegen und zweitens, ob sie überhaupt von anderen Initiativen und Menschen angenommen wird, also ob tatsächlich ein Bedarf dafür besteht. Aus beiden Gründen haben wir das Erscheinen der Zeitung auf erstmal sieben Nummern begrenzt. Mit der Juni-Ausgabe werden wir eine Pause einlegen, werden unsere Kräfte und den (Miß)-Erfolg des Blattes analysieren und dann entscheiden, ob wir sie weiterhin machen werden oder nicht. Aus diesem Grund können Abos auch nur bis einschließlich der Nummer 7 abgeschlossen werden. Falls das Projekt dann gescheitert ist, haben die LeserInnen keinen Schaden und wir keine Schulden.

Damit die Zeitung in Zukunft nicht - wie bei dieser Ausgabe - zu einem guten Viertel aus Berliner Nachrichten besteht, ist es wichtig, daß wir auch aus anderen Regionen der Republik Informationen bekommen - und zwar möglichst taufrisch. Immer am Ersten eines Monats soll **Was geht ab?** ers

hal

20. des Vormonats schon Redaktionsschluß. Denn eine Woche brauchen wir auf jeden Fall zum Tippen, Layouten und Drucken. Wenn also was in die nächste Ausgabe rein soll, muß es bis zum Zwanzigsten hier sein! Später mal, wenn wir reich sind, werden wir uns auch noch ein Faxgerät anschaffen, aber das dauert noch. Bis dahin muß das Postfach reichen!

Impressum:
Was geht ab?
Ausgabe Nr. 1 vom 1. Dezember '94
Herausgeber: **A-Point e.V.**
Postfach 110 331
10833 Berlin
Redaktion: **Edelweiß-Piraten Berlin**
ViSdP: **Kai Mara**
Druck: **Eigendruck**, Berlin

Zum Schluß noch eine Bitte, nein zwei Bitten: 1.: Wir brauchen natürlich finanzielle Unterstützung, denn lediglich die erste Ausgabe konnten wir vorfinanzieren. Daher wäre eine Spende oder ein Förderabo für uns sehr hilfreich. 2.: Wer weiß, wie das ankommt, was wir hier machen. Wer damit praktisch arbeitet, weiß am besten, ob die Zeitung ihren Zweck erfüllt oder nicht. Für Kritik und Anregungen sind wir also jederzeit offen!

Tschüß!

Was geht ab?-
Mädchen-/Jungs-/Frau-/Mannschaft

Inhalt:

Sachsen-Anhalt

Bewährung für Mordversuch!

(taz Oktober 94)

Ein Brandanschlag von drei rechtsradikalen Jugendlichen auf zwei von Vietnamesen bewohnte Häuser wurde im Oktober vom Landgericht Halle als Mordversuch, gefährliche Körperverletzung und versuchte besonders schwere Brandstiftung gewertet. Die 17- und 19-jährigen Brandstifter wurden zu 200 Arbeitsstunden, zu 600 DM Geldstrafe und zu zwei Jahren auf Bewährung verurteilt. Als Motiv der Brandanschläge gaben die jungen Männer ausländerfeindliche Gründe an. Bei dem Anschlag im September 1992 wurde eine schwangere Mutter und fünf weitere Kinder verletzt. Eine Wohnung brannte total aus, es gab einen Sachschaden von 100.000 DM. Mit dem Urteil folgte die Jugendstrafkammer weitgehend der Argumentation der Verteidigung. Die Staatsanwaltschaft hatte Haft von dreieinhalb bis vier Jahren gefordert. Die Richter in war der Meinung, daß die Angeklagten hre Denkweise geändert haben.

Es war der vierte Prozeß um den Brandanschlag. Bereits im Juni 1993 waren sechs Rädelsführer zu Haftstrafen zwischen vier und siebeneinhalb Jahren verurteilt worden.

Mißhandlung im Knast

(ND 25.10.94)

Wegen Mißhandlung eines Mitgefangenen in der Jugendhaftanstalt Halle müssen sich seit dem 24. Oktober fünf Männer im Alter von 21 bis 24 Jahren vor Gericht verantworten. Die Angeklagten haben am 4. Februar 1994 dem 20jährigen gewaltsam ein Hakenreuz auf die Stirn tätowiert. Zudem wurde der Mitgefangene geschlagen und zum Geschlechtsverkehr mit anderen Gefangenen gezwungen.

Nazipöbelei

(taz 13.10.94)

Am Dienstag, den 11.10.94, bedrohten und beschimpften drei 28 bis 30jährige Männer einen Rumänen in einem Wohnhaus in Magdeburg. Die drei Männer drangen in das Haus des Rumänen ein und beschimpften ihn rassistisch. Als sie versuchten ihn anzugreifen gingen andere Hausbewohner rechtzeitig dazwischen.

Mildes Urteil für Nazi-Schläger

(ND 5,6,8.11.94)

Mit Jugendstrafen zwischen 10 und 24 Monaten und Schmerzensgeld für die Opfer endete am 7. November der Prozesses gegen vier Nazi-Skins in Magdeburg. Sie hatten im Sommer vor drei Jahren eine ganze Serie von Überfällen gegen Andersdenkende und Ausländer begangen und gehören zum harten Kern einer größeren Nazi-Truppe welche in Magdeburg und Umgebung aktiv ist. Zwei ihrer Opfer überlebten nur knapp. Einmal ein Punk der den Überfall auf einen von Punks besetzten Trabanten nur durch schnelle ärztliche Hilfe überlebte und zum anderen ein Türke welcher aus dem Auto gezerrt, zusammengetreten und mit Leuchtspurmunition in Brand geschossen wurde. Den beiden anderen Männern gelang die Flucht vor den Nazis, doch als sie die Polizeistation an der Autobahn erreichten, öffnete ihn dort niemand. Obwohl die Täter bereits nach einem Monat bekannt waren, dauerte es zwei Jahre bis sie angeklagt wurden. Nur dem permanenten Druck der Nebenklage ist es zu verdanken, daß der Prozeß überhaubt stattfand. Die Polizei tat nichts - keine Opfervernehmung, keine Spurensicherung, keine Zeugenvernehmung und zwischendurch verloren sie sogar die Prozeßakten.

Jugendliche angegriffen

(ND 13.10.94)

Am Mittwoch dem 12. Oktober hat eine Gruppe von zehn Vermummten in Halberstadt sechs Jugendliche angegriffen und mit Baseballschlägern auf sie eingeschlagen. Fünf von ihnen sind verletzt. Die Polizei hat noch keinen der Täter aus dem vermutlich Rechtsradikalen Spektrum ermitteln können.

Niedergestochen

(JW 7.11.94)

Am Freitag, den 4. November wurde in Halle ein vietnamesischer Zigarettenverkäufer von einem 16jährigen Jugendlichen, der versuchte, ihm die Zigaretten abzunehmen, angegriffen und dabei mehrmals mit einem Meser in Rücken und Arme gestochen. Der 25jährige erlitt dabei lebensgefährliche Lungenverletzungen. Gegen den Schüler wurde wegen versuchten Totschlags Haftbefehl erlassen.

Mecklenburg-Vorpommern

Überfälle auf Flüchtlingsheim

(taz, BeZe 4.10./1.11.94)

In der Nacht zum 31. Oktober wurde eine Asylbewerberunterkunft im Landkreis Demmin (Mecklenburg-Vorpommen) von rund 20 Jugendlichen überfallen. Die Angreifer schlugen Scheiben ein, demolierten die Eingangstür der Unterkunft und rissen eine Fernsehantenne herunter. Die Polizei nahm 14 mutmaßliche Täter fest. Mit Absprache der Staatsanwaltschaft wurden jedoch 12 Gewalttäter wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bereits in der Nacht zum 3. Oktober lieferten sich etwa 30 jugendliche Rechtsradikale eine Schlacht mit der Polizei, die sie daran hindern wollte, aus ihrem Jugendclub zum nahegelegenen Flüchtlingsheim zu ziehen.

Schleswig-Holstein

Synagogen-Brandstifter vor Gericht

(taz 27.10.94, bnr 23/94)

Die Brandstifter des Anschlags auf die Synagoge von Lübeck müssen sich seit dem 24. November vor dem Schleswiger Oberlandesgericht verantworten. Für die Tat am 24. März dieses Jahres müssen sich die jungen Männer **Stefan Warncke, Dirk Brusberg, Niko Trapiel** und **Boris Holland-Moritz**, alle zwischen 20 und 25 Jahren alt, verantworten. Sie sind vor dem Oberlandesgericht Schleswig wegen fünffachen Mordversuch und der schweren Brandstiftung angeklagt. Zum Teil haben sie den Anschlag schon gestanden und sich gegenseitig beschuldigt.

Niedersachsen

Faschistentreffen in Bad Bevensen

(Interim Oktober 94)

Das ***"Deutsche Kulturwerk Europäischeb Geistes (DKEG)"*** lud zu den "Tagen deutscher Kultur" vom 30.09.-03.10.1994 nach Bad Bevensen ein. Das DKEG ist eine unter vielen Organisationen im internationalen Netzwerk der ***NSDAP***. Die diesjährigen Jahreshauptversammlung mit etwa 80TeilnehmerInnen fand wie in den Jahren zuvor als geschlossene Tagung im Kurhaus von Bad Bevensen statt. Das 4-Tage Programm bestand aus Lesungen und Rezessionen von deutscher Literatur. Den Abschluß bildete eine Busfahrt (Busunternehmen Paul Tonn, Möllerstr.9, 29549 Bad Bevensen) zum Kaiserdom in Königslutter und Einkehr im Gasthaus REITLING, (in 38154 Reitling/Elm) am 03.10.94. Zentraler Festakt war die Verleihung des vom DKEG gestifteten "Schillerpreis des deutschen Volkes". Desweiteren sollte auf der Tagung der Tiroler Ehren- und Wanderkrug (billiger Zinnbecher) für Volks

tumsarbeit verliehen werden, sowie ein goldener Ehrenring für Literatur und der Herbert-Böhme-Gedächtnispreis. Preisträger waren: **Karl Günther Stempel** (eigener Präsident - 1994), **Helmut Diwald** (1992), **Sigrid Hunke** (1985), **Konrad Lorenz** (1973), **Richard W. Eichler** (1996), **Karl Witt** (1994) usw.
Am 2.10.94. wurde von antifaschistischen Gruppen das Treiben der Rentner-Truppe für kurze Zeit unterbrochen. Mit Transparenten, Sprechchören und mit Umverteilung von Sach-, Geld-, und Propagandamaterial sorgte der "Besuch" für Hektik und panische Zustände unter den Teilnehmern. Man fand dabei den Aktenkoffer von K.G. Stempel mit eben diesen Schillerpreis (der ihm 3 Stunden zuvor verliehen wurde) und all den anderen Krempel.Ein 3stelliger Geldbetrag floß in die antifaschistische Arbeit über die Adressenlisten freute man sich doch sehr! Es wurde niemand festgenommen.

Brandanschlag von Herford weiter ungeklärt

(taz 4.10.94)

Im Fall des tödlichen Brandanschlages auf eine Asylbewerberunterkunft in Herford gibt es bislang keine "konkreten Anzeichen" für einen ausländerfeindlichen Hintergrund. Bei dem Anschlag kamen im September eine 23jährige Kosovo-Albanierin und ihr 11jähriger Bruder ums Leben. Zwei tatverdächtigte Türken wurden nach ihrer Festnahme wieder auf freien Fuß gesetzt .

Skins überfielen Iraker

(taz 24.Oktober)

Am 21.Oktober überfielen 3 Nazi-Skins in Nörten-Hardenberg einen 16jährigen Iraner. Ein 15jähriger Kid-Nazi trat ihm in den Unterleib und schubsten ihn vor einen Lastwagen. Passanten halfen dem Iraker und schnappten die Faschos. Bei den Tätern sind ein Schreckschußrevolver und ein Würgeholz sichergestellt worden.

Hitler-Gruß erlaubt

(taz 3.11.94)

Die Richter des Landgerichtes in Göttingen sprachen am 2. November einen Polizisten zum zweiten Mal frei, der den Hitlergruß gezeigt hatte.Gegen den Freispruch kündigte die Staatsanwaltschaft Revision an. Der 21jährige Beamte arbeitet unterdessen weiter bei der Bereitschaftspolizei

"Tag des Flüchtlings"

(PAK Oktober 94)

Am 30. September 1994, dem "Tag des Flüchtlings", wurde von verschiedenen Initiativen in der Göttinger Innenstadt ein Aktionstag organisiert. Wesentlicher Bestandteil war ein Straßentheaterstück des ***"Politischen Arbeitskreises" (PAK)***. In mehreren Szenen wurde der Weg eines Flüchtlings in der BRD dargestellt: Zurückweisung an der Grenze, illegale Einreise, Hetze durch die Medien und Politik, Sondergesetze, Fascho-Übergriffe, Polizeiverhalten und Abschiebung in den Tod. Mit einem Redebeitrag und in den Flugblättern wurde das Stück für die Umstehenden erläutert.

Einladung zum ersten überregionalen Vorbereitungstreffen zur Planung eines Pfingstcamps als Aktion gegen Hetendorf 13

In Celle hat sich ein Bündnis zusammengefunden, das sich zum Ziel gesetzt hat, Pfingsten '95 eine Art Gegencamp zu dem alljährlichen Pfingstlagern der Faschisten zu organisieren. Bei dem ersten öffentlichen Bündnistreffen wurde beschlossen, überregional zu mobilisieren. Für uns ist es notwendig, eine Basis für den antifaschistischen Widerstand vorzubereiten. Hermannsburg ist ein sehr kirchlich geprägter kleiner Ort. Auch das sehr konbservative Celle mit seiner geputzten Fassade ist vergleichend mit anderen Städten doch sehr "provinziell", d.h. hier gibt es aufgrund der Infrastruktur (z.B. keine Uni, dafür jede Menge Justiz) weder einen allzu große Akzeptanz der antifaschistisch/antirassistischen Initiativen in der Bevölkerung geschweige denn einige selbstverwaltete Räume. Um gegen das Nazizentrum in Hetendorf erfolgreich zu agieren ist es nach Einschätzung der örtlichen Aktiven daher unbedingt notwendig, mit den Leuten, die sich bisher auch schon gegen das Zentrum gewehrt haben, in diesem Punkt zusammenzuarbeiten. Auch wenn die ***Wiking-Jugend*** am 10.11.1994 verboten wurde, so wird uns das Zentrum mit Sicherheit noch länger erhalten bleiben. Einer Aktion, wie sie zu Pfingsten geplant ist, kann also nur ein Schritt auf dem Weg sein. Auf den ersten öffentlichen Bündnistreffen waren immerhin ca. 60 Personen, zum Großteil aus Hermannsburg, Hetendorf und Bonstorf. Beim 2. Treffen waren trotz des Verbots der WJ ca. 40 Personen. Zu dem Bündnis gehören z.T.: Antifaschistischer Arbeitskreis, AK Asyl, Bündnis 90 / Grüne Celle, Deutsch-kurdischer Freundschaftsverein, Frauenhaus, Infocafe, INK Kulturhaus, INTI (Anti-AKW-Gruppe), Jusos und VVN/BdA. Leute von der Landjugend Hetendorf und einem Sportverein aus Bonstorf waren bei beiden bisherigen Bündnistreffen, haben sich aber bisher dem Bündnis noch nicht angeschlossen. Die AWO (Arbeiterwohlfahrt) Celle ist auch interessiert, aber hat sich bisher ebenfalls noch nicht dem Bündnis angeschlossen. Interessierte BürgerInnen aus Hermannsburg, die dem Ökomenischen Arbeitskreis angehören, InitiatorInnen einer Unterschriftenaktion gegen das diesjährige Pfingsttreffen der Wiking-Jugend und Leute aus der Umweltschutz-Bewegung waren ebenfalls anwesend.
Es ist völlig klar, daß das faschistische Zentrum überregionale Bedeutung hat und daher auch für AntifaschistInnen aus allen anderen Städten/Gegenden von größter Wichtigkeit ist. Wir freuen uns daher über Jede und Jeden, die/der sich an der Aktion zu Pfingsten beteiligen will. Ziel der Aktion ist neben der Etablierung einer breiten antifaschistischen Bewegung in dem Landkreis selbstverständlich auch ein praktisches Vorgehen gegen Faschisten. Sie sollen sich nicht ungestört hier treffen können.
Als mögliche Aktionsformen wurden bisher Demonstrationen und Blockade genannt. **Ziel ist nicht, das Zentrum anzugreifen!!!**
Der bisherige Diskussionsstand ist der, daß es ein Zeltlager geben soll, in erster Linie als Übernachtungsmöglichkeit und daß die Aktionen, wie Konzerte, Diskusionsveranstaltungen, Vorträge, Ausstellung, Fußballturnier,...über die Region verteilt stattfinden sollen. Besuche in Bergen-Belsen werden geplant. Die Demonstrationen und / oder die Blockade muß noch vorbereitet werden.
Es wäre schön, wenn viele interessierte Menschen am 17.12.1994 nach Zelle kommen, egal ob sie Veranstaltungen / Konzerte vorbereiten oder besuchen wollen, oder sich am Fußballturnier oder Demonstrationen oder Blockadeaktionen beteiligen wollen oder... oder... oder... .Aus Platzgründen wäre es gut, wenn aus den Gruppen lediglich Deligierte kommen.
Wir treffen uns in der "Neuen Gallerie" in Westercelle ab 15.00 Uhr.Leider haben wir, wie gesagt, keine eigenen Räume,so daß wir in diesem kommerziellen Laden tagen müssen und neben Raummiete auch die normalen Kneipenpreise für Getränke / Essen bezahlen müssen,dafür haben wir aber für unsere Tagung reichlich Zeit, ca. bis 22.00 Uhr.
Bis dahin

Antifaschistischer Arbeitskreis Celle, c/o Celler Zündel. Postfach 15 91, 29201 Celle

Ort und Zeit

Neue Galerie, Maschweg 10, Celle-Westercelle
Samstag, 17. Dezember 1994, 15 Uhr

Friedhof geschändet

(JW 22.10.94)

Im niedersächsischen Wedermark wurde am 20.10.94 ein Friedhof geschändet. Ungbekannte Täter stießen auf dem in der nähe von Hannover liegenden Friedhof 40 Grabsteine um.

Hamburg

FAP-Kundgebung

(AN 22/94)

Die *FAP* hatte unter anderem über das Nationale Infotelefon für den 13.10.94 um 18.30 Uhr zu einer Kundgebung vor dem Bahnhof Krupunder mobilisiert. Anlaß dafür war eine Veranstaltung des Runden Tisches Halstenbek/Rellingen zur Frage eines Verbotes rechtsradikaler Gruppen. Die FAP kündigte großspurig an, mit 50 Personen zu dieser Veranstaltung zu erscheinen. Gegen eine Ankündigung dieser Art ist der direkte Widerstand immer noch das beste Mittel dachten sich die etwa 70 Menschen, die sich ab 17.30 Uhr am Bahnhof sammelten, um die Kundgebung zu verhindern. Natürlich wurde gegen diese Kundgebung auch gerichtlich vorgegangen, doch leider ohne Erfolg. Ein kurz vor Beginn der Kundgebung eingereichtes Schnellverfahren wurde ebenfalls abgelehnt. Also war der Weg frei für ein legales Auftreten einer völlig illegitimen Gruppe, der FAP.

Die Neonazis sammelten sich im Laufe des Abends in der Wohnung von **Glenn Goertz**, direkt am Bahnhof Krupunder. Da die Polizei mit dem masiven Aufgebot von 3 Wasserwerfern, 200 Beamten, einer Hundestafffel sowie 2 SEK-Einheiten vertreten war, war es den GegendemonstrantInnen unmöglich, den Neonazis den Zugang zur Seestraße 165 zu versperren. Bei Versuchen, einige Faschos nicht ins Haus zu lassen, wurden mehrere DemonstrantInnen durch Hundebisse verletzt. Pünktlich um 18.30 Uhr marschierte dann der etwa 15 Personen umfassende "Demonstrationszug" durch den Hinterausgang des Hauses, in dem sich die Wohnung von Glenn Goertz befindet (sie dient gleichzeitig als Bundesgeschäftsstelle der FAP), auf den von der Polizei umstellten Parkplatz beim Bahnhof Krupunder. Das lächerliche Grüppchen schwenkte seine Fahnen, und wenig später versuchte **Andre Goertz**, einen Redebeitrag zu halten. Er konnte, aufgrund der freundlichen Unterstützung der Polizei, ganz in Ruhe in sein Megaphon sprechen, doch die ZuhörerInnen werden große Probleme gehabt haben, den Beitrag akustisch zu verstehen, denn die entschlossenen GegendemonstrantInnen verhinderten durch eine permanente Geräuschkulisse, daß auch nur ein vollständiger Satz zu verstehen war. Nach ungefähr einer Stunde zogen die vor Fahnen kaum sichtbaren Neonazis triumphierend ab.

Dies war seit langem wieder das erste offiziell genehmigte Auftreten einer rechtsextremen Gruppe, welches nur durch das massive Auftreten von der Polizei durchgesetzt werden konnte. Wir billigen das in keinster Weise. Das nächste Mal werden wir mehr Menschen sein, und dann werden die Veranstalter dieser Sorte nicht mehr so glimpflich davonkommen.

Flüchtlinge von Abschiebung bedroht

(taz 10.10.94)

Die Hansestadt Hamburg will nach der Lockerung des UNO-Embargos für Rest-Jugoslawien mehr als 1000 Kosovo-Albaner, Serben und Menschen aus Montenegro abschieben.

Prügelpolizisten

(taz Oktober 94)

Hamburgs neuer Innensenator Hartmut Wrocklage hat die Suspendierung von 25 Beamte des Einsatzzuges Mitte 1 aufgehoben. Den Polizisten war vorgeworfen worden, im Zelltrakt ihres Revieres in der Kirchenallee Ausländer provoziert und verprügelt zu haben. Außerdem warf ein Polizist seinen Kollegen in einen Radiointerview vor, regelrechte "Hetzjagden"auf Ausländer veranstaltet zu haben. Auf Anweisung des Einsatzleiters seien immer sieben bis acht Beamte im Streifenwagen losgefahren, um "Ausländer und Bimbos" auf Trab zu halten.

Bei dem Einsatzleiter handelt es sich laut taz um Christoph Stabmanns. Ex-Chef der berüchtigten Hamburger 16E-Schicht. Sie ist bereits so oft durch wahlloses Einprügeln auf Hausbesetzer und Demonstranten aufgefallen, daß schon amnesty international Stapmann Menschenrechtsverletzungen vorwarf. 1990 wurde er strafversetzt und landete in der Kirchenallee.

Bremen

Grüne für REP-Polizist

(NE 10/94)

Der Bremer Landesvorsitzende der ***Republikaner*** und REP-Kandidat für den Bundestag **Ralf Riedemann** ist immer noch Beamter der Bremer Polizei. Nach zwei Entlassungsversuchen der Bremer Behörden forderte der Polizeichef Rolf Lüken seine Entlassung. Ralf Riedemann aber ist zuversichtlich, wo doch sogar die Bremer ***Grünen*** sich für ihn einsetzen. So meinte deren Fraktionssprecher **Martin Thomas**, daß die Ideologie eines Polizisten doch egal wäre - "eine Entlassung aufgrund einer Gesinnung dürfe es nicht geben".

Nordrhein-westfalen

Rechte Szene in NRW ordnet sich neu

(ND 27.10.94)

"Die Anti-Antifa-Arbeit soll Neonazis der verschiedenen Gruppierungen anlaßbezogen einen, ohne ein organisatorisches Korsett zu sein. Organisatorisch ungebundene Aktivitäten sind mit Verbotsmaßnahmen kaum angreifbar. Deshalb steht ein historischer Schritt rückwärts ins Haus: Von der Partei wieder zur 'Bewegung', wie bereits von Michael Kühnen zum Teil mit Erfolg praktiziert."

So schrieb der ***Verfassungsschutz*** in seinem Bericht 1993. Und die Neonazis haben diesen Tip gut in die Tat umgesetzt. Der NRW-Innenminister **Schnoor** klagt nun über den Versuch der Neonazis, neue Formen der Organisierung zu entwickeln, um Verbote zu unterlaufen und die Zersplitterung zu überwinden. Mit der neuen Form der Zusammenarbeit wird das drohende *FAP*-Verbot umgangen, denn sie sind bei "organisatorisch ungebundenen Aktivitäten" unangreifbar. Verfolgungen nach §129a drohen den Rechtsextremen nicht. Der Versuch scheiterte bereits einmal, als gegen eine "umgewandelte" FAP-Gruppe im Raum Dortmund-Witten nach § 129a vorzugehen versucht wurde. Die Spaltungen überwindend treten an die Stelle der Organisationen häufig Kameradschaften, die sich mit modernen Kommunikationsmitteln bundesweit vernetzen.

Die ***Deutsche Liga*** aus Köln gab in diesem Jahr die Parole heraus, sämtliche Informationsstände der Rechtsextermen im Wahljahr 1994 nur noch bewaffnet zu betreiben. Darauf folgende Strafanzeigen, die sich auf das Recht im Grundgesetz beriefen, sich nur unbewaffnet unter freiem Himmel zu versammeln, wurden von der Staatsanwaltschaft abgewiesen, die Neonazis bekamen recht. Es sei erlaubt, Waffenscheinbesitzer und Waffen einzusetzen und sogar vorläufige Festnahmen bei Fluchtgefahr durchzuführen.

Der Verfassungsschutzbericht hat sich als ein hervorragender Ratgeber für Neonazis gezeigt.

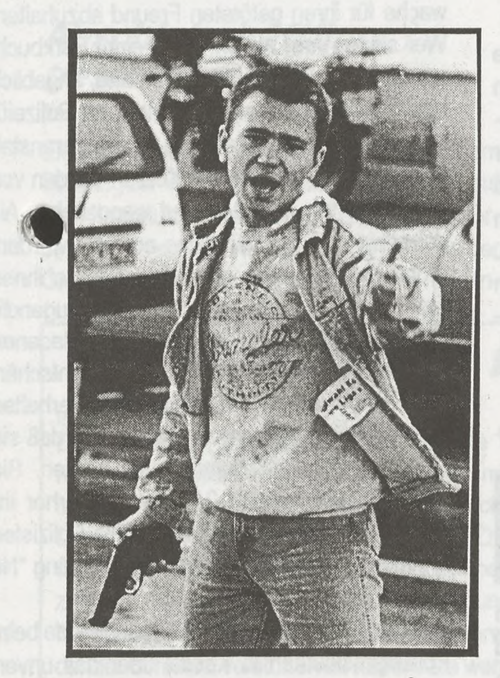
Deutsche Liga zur Wahl

(JW 14.10.94, AN 20.10.94)

Nachdem der Bundesparteitag der ***DL (Deutsche Liga)*** am 2.Oktober verboten wurde, karterte die DL gleich nach und erklärte, daß sie am Donnerstag, den 13. Oktober in der Kölner Innenstadt eine Wahlversammlung durchführen werde. Die Polizei beabsichtigte, um Krawalle zu vermeiden, auch diese Veranstaltung zu verbieten. Die DL verschickte Einladungen mit falschen Versammlungsräumen und die Presse mußte sich telefonisch für einen unbekannten Versammlungsort anmelden. Später hieß es die DL hätte die Veranstaltung abgesagt, weil keine Räumlichkeiten gefunden werden konnten.

In einer Auflage von über 300.000 Exemplaren lieferte die Deutsche Bundespost noch in den letzten Wahlwochen die Liga Zeitung ***Domspitze*** als Postwurfsendungen in alle Haushalte. Auch mit gefälschten Flugblättern über den Rücktritt des Kölner Oberbürgermeisters setzte

die DL alles daran, wieder in den Rat der Stadt Köln zu ziehen. Für die "Schicksalswahl" versuchte die DL mit einer rechten Einheitsliste durchzukommen dabei sind Mitglieder der NPD, der DVU, ehemalige Reps und andere Rechtsradikale Splittergruppen. Einer der Kandidaten auf der Liste für die DL ist z.B. der aus dem ***FAP (Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei)*** - Spektrum stammende **Ulrich Klöries**. So ist es kein Wunder daß FAP-Schlägertrupps Treffen und Stände der DL schützen - von der Partei wurden sie mit Gaspistolen bewaffnet. Es kam in acht Fällen zu Auseinandersetzungen vor Ständen der DL. Sie erreichte insgesamt nur 1,3% der Stimmen.


Deutsche Liga beim Wahlkampf

Auf Friedhof gefesselt

(JW 14.10.94)

In der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch dem 12.10.94 wurde ein Kölner Antifaschist gefesselt auf einem Friedhof aufgefunden. Das Opfer war in der rechten Szene bereits durch Plakataktionen und T-Shirtverkauf bekannt und ist öfter Opfer von Bedrohungen und Übergriffen geworden. Der Mann verschwand am Dienstag um die Abendzeit, als er die Tür öffnete und danach die Wohnung nicht mehr betrat. Freunde, die sich zu dieser Zeit in der Wohnung befanden, meldeten ihn nach erfolgloser Suche vermißt. Die Polizei mißt diesem Fall eine große Bedeutung bei und bildeten eine 17köpfige Ermittlungskomission nachdem bei dem Opfer zu Hause ein Anruf einging, der lautete : "Wir haben ihn! Wir haben ihn!".Der Kölner Antifaschist konnte sich an den Tathergang nicht mehr genau erinnern, da er beim Türöffnen niedergeschlagen wurde.

Lehrverbot für Nazi

(AN 20.10.94/ RP 13.10.94 und vieles mehr)

Wegen Leugnens der Ermordung von Millionen Juden zur Nazizeit ist ein 55jähriger Oberstudienrat in Nürnberg vom Dienst suspendiert worden. Der Werner Lehrer **Burghard Schmanck** soll entweder seine Kanditatur zurückziehen oder sein Disziplinarverfahren wird durch sofortiger Suspendierung erweitert.

Für Ausgrenzung

(JW 20.10.94)

von ausländischen Lehrern unterrichtet werden. Im Osten sind es sogar 71 Prozent der Befragten, im Westen lediglich 60 Prozent.

Kündigung für Hartung

(AN 23/94)

Dem an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universiät beschäftigten Narkosearzt **Dr. Erhard Hartung**, Srecher der ***Kameradschaft der hemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer***, soll nun gekündigt werden. Ausschlaggebend für diese Entscheidung dürfte Hartungs Autorenschaft im ehemaligen österreichischen ***NPD***-Organ *Kartext* gewesen sein, der er auch als Funktionär angehörte.

Brandstifter zu Jugendstrafe verurteilt

(Tsp 28.10.94)

Am Donnerstag, den 27.10. wurden vom Landgericht Bielefeld sechs Schüler zu Jugendstrafen zwischen 1 1/2 und 3 Jahren verurteilt. In einem Fall wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Die 14-17jährigen haben am 20. April dieses Jahres einen Brandanschlag auf ein von TürkInnen und Deutschen bewohntes Haus verübt. Das Obergeschoß des Hauses brannte völlig aus. Die BewohnerInnen wurden bei dem Angriff nicht verletzt..

"Wut auf Ausländer"

(JW 9.11.94)

Seit Dienstag, dem 8.11. steht ein 19jähriger wegen versuchten Mordes vor Gericht. Ihm wird vorgeworfen, aus "Wut auf Ausländer" vor zwei Jahren mit einem Komplizen ein Aussiedlerheim in Düsseldorf durch zwei Molotowcocktails in Brand gesetzt zu haben. Dabei sind zwei, im Heim lebende Rußlanddeutsche, ums Leben gekommen. Der Angeklagte gab an, er habe "den Leuten nur einen Schrecken einjagen" wollen.

Altnazi will sich stellen

(BeZe 1.11.94)

Der in Deutschald wegen der Verbreitung der Auschwitzlüge gesuchte Nazi **Thies Christophersen** will sich den deuschen Behörden stellen. Er sagte im dänischen Fernsehen: "Ich stelle mich der deutschen Justiz. Dann gehe ich zwei Jahre in den Knast, und dann habe ich meine Ruhe." Christophsen hatte bislang seinen Wohnsitz im dänischen Kollund.

KZ-Opfer

(JW 17.10.94)

Ein Überlebender des Holocaust will vier in den USA niedergelassene deutsche Firmen (Messerschmidt -Bölkow-Blohm, BASF, Hoechst und Bayer) auf Schadensersatz verklagen. Er macht sie dafür mitverantwortlich, daß er während des 2. Weltkriegs von ihren damaligen Vorgängern Messerschmidt und IG Farben in Konzentrationlagern Zwangsarbeit verrichten mußte.

Antifa-Demo in Bonn

(JW 17.10.94)

Am 15. Oktober demonstrierten, anläßlich der Bundestagswahl, etwa 500 Menschen in Bonn. Eingebettet war die Demo in ein antifaschistisches Wochenende.

Gegen Abschiebung

(JW 10.11.94)

Rund 100 Roma mit Kindern und deutschen UnterstützerInnen haben sich am 9.11.94 in Bonn an den Europaweiten Aktionen für die Rechte der Minderheit beteiligt. Sie besetzten in einer spontanen Aktion die ständige Vertretung der Europäischen Kommission. Die bisher illegalen Flüchtlinge hoffen durch öffentlichen Druck ein Bleiberecht zu erwirken. Bereits im April dieses Jahres hatten Roma die KZ-Gedenkstätte Dachau besetzt.

Künstler-Demo

(AN 6.10.94)

Aachener Künstlerinnen und Künstler haben einen gemeinsamen Aufruf unter dem Motto "Kein Schritt nach Rechts!" herausgebracht. ***Künstler gegen Rechts***, die ***Kreisvereinigung Aachen*** und der ***VVN-Bund der Antifaschisten*** riefen gemeinsam zu einer Demo am 8. Oktober auf.

"Ausländer raus"

(taz 3.11.94)

In Hamm entschied das Oberlandesgericht (OLG), am 2. November, daß der Ruf "Ausländer Raus" den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle..

Rheinland-Pfalz

Nationale Stammtische

(NE 10/94)

Der "Nationale Stammtisch" des Kreisverbandes der ***Republikaner*** im Frankenthal/Pfalz findet jeden ersten Samstag im Monat um 19.30 Uhr statt. Verantwortlich dafür ist **Christian Rathmann**, Samuel- Heinicke- Str. 41, 67227 Frankenthal, Tel. 06233 / 47546.

Ein weiterer "Nationaler Stammtisch" findet jeden 3. Freitag im Monat um 19.30 Uhr statt. Der Veranstaltungsort ist der " Grabenstätter Hof " Ausfahrt BAB Grabenstätt auf der A8. Telefon hierfür ist: 08662 / 7119.

Friedhof geschändet

(Tsp 23.10.94)

Innerhalb weniger Wochen schändeten Unbekannte zum vierten Mal einen jüdischen Friedhof in der Nähe von Koblenz. Die Koblenzer Staatsanwaltschaft teilte am 21. Oktober mit, daß in Nassau vier Grabsteine völlig zerstört wurden und die Täter auf weitere Grabsteine Hakenkreuze und Nazi-Parolen schmierten. In den vorrangegangenen zwei Monaten wurden drei weitere jüdische Friedhöfe im Regierungsbezirk Koblenz geschändet, teilte das Jüdische Kulturzentrum Koblenz mit. Heinz Kuhn, der Vorsitzende der 200 Mitglieder zählenden Gemeinde, teilte mit: "Wir haben in diesem Jahr mehr Friedhofsschändungen als von 1920 bis 1933!"

Brandanschlag in Bad Kreuznach

(ND 21.10.94)

Ein Brandanschlag hat in der Nacht zum 20. Oktober '94 erheblichen Sachschaden verursacht. Den Anschlag verübten bislang unbekannte Täter auf ein von Deutschen und Ausländern bewohntes Haus im rheinland-pfälzischen Bad Kreuznach. Die Polizei geht von Brandstiftung aus und schließt ein ausländerfeindlichen Hintergrund nicht aus.

Selbstmord

(taz, BZ 18.10.94)

Ein 35jähriger Asylbewerber aus Marokko hat sich in der Nacht zum 16. Oktober in einer Zelle des Ludwigsburger Polizeireviers getötet. Nach Darstellung der Polizei erhängte er sich mit seinem Unterhemd am Rahmen der Fensterabdeckung. Der Mann war für eine Überprüfung der Identität auf die Wache gebracht worden. Die Polizei vermutet, einen Asylbewerber festgenommen zu haben, nach dem sie fahndete, weil er sich nach einem abgelehnten Asylgesuch illegal in Deutschland aufhielt.

Überfall auf Flüchtlinge

(BeZe 1.11.94)

Am Sonntag, den 30. Oktober brannte eine Flüchtlingsunterkunft im Rheinland-pfälzischen Sprockhövel-Haßlinghausen nach einem Brandanschlag fast völlig aus. Nach Angaben der Polizei konnten die 35 BewohnerInnen das brennende Haus rechtzeitig verlassen, ein Flüchtling erlitt jedoch leichte Verletzungen. Einen ausländerfeindlichen Hintergund für den Brandanschlag konnte bislang "nicht nachgewiesen werden."

Hessen

Mord an einem Antifaschisten in Rotenburg

(Antifa Hersfeld)

Am Sonntag den 6. November gegen 21.45 Uhr wurde der 18jährige Antifaschist **Piotr K.** in Rotenburg an der Fulda von einem dort stationierten rechtsradikalen Bundeswehrsoldaten aus Sachsen-Anhalt durch einen Messerstich direkt ins Herz tödlich verletzt. Der Täter flüchtete in seine Kaserne und meldete den Vorfall dort dem wachhabenden Offizier.

Eine offizielle Verlautbarung der Bundeswehr, nach er es sich hierbei um einen bisher einmaligen Vorfall handele, über den sie "sehr betroffen" sei, "zumal das Verhältnis zwischen Soldaten und Bevölkerung seit mehr als 30 Jahren sehr gut sei" (Hersfelder Zeitung am 8.11.), erwies sich als falsch: Erst drei Wochen vorher war ein anderer Antifaschist von Soldaten derselben Kaserne vorsätzlich angefahren worden, nachdem er sie daran hindern wollte, volltrunken in ihren PKW einzusteigen. Er wurde nach einer Strecke von ca. 30 Metern durch eine Vollbremsung von der Motorhaube abgeworfen und blieb bewußtlos und schwer verletzt zurück.

In ersten Meldungen der Lokalpresse wurden die politischen Hintergründe des Vorfalls nicht deutlich zum Ausdruck gebracht. Außerdem wurde die Tat zunächst als Notwehr bezeichnet. Diese Einschätzung wurde inzwischen jedoch, zumindest in Teilen, zurückgenommen; gegen den Täter wird laut Staatsanwaltschaft nun "in erster Linie wegen des Verdachts des Totschlags oder der Notwehrüberschreitung, aber auch wegen Körperverletzung mit Todesfolge ermittelt.

Der Mörder von Piotr trug nach Zeugenaussagen eine Glatze, Springerstiefel, eine Bomberjacke sowie ein T-Shirt mit dem Motiv der Reichskriegsflagge.

Zum Tatverlauf:

Piotr K. war mit seinem Freund aus einem soeben in Rotenburg eingetroffenen Zug ausgestiegen - ebenso der Naziskin in Begleitung vier weiterer Soldaten. Ob es im Zug selbst schon zu einer Begegnung der beiden Gruppen kam, ist bisher unklar. Unmittelbar nach Verlassen des Zuges stießen zu den zwei Einheimischen drei ihnen bekannte türkische Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren. Während die fünf noch auf dem Bahnsteig standen und sich unterhielten, liefen die fünf Soldaten an ihnen vorüber in Richtung einer Unterführung. Piotr rief hinterher "Scheiß Nazischwein".

Einige Minuten später trafen die beiden Gruppen vor dem Bahnhofsgebäude wieder zusammen. Der Soldat, der sich bedroht gefühlt haben soll, zog ein Messer und stach Piotr direkt ins Herz. Piotrs Freund, der ihm zu Hilfe geeilt war, fiel daraufhin über den Täter her. Dieser gab noch im Zu-Boden-Gehen auch auf den Freund einen gezielten Stich in Richtung seines Herzens ab, den der Freund aber mit dem Arm umlenken konnte. So wurde er dort verletzt. Die anderen vier Soldaten waren inzwischen geflüchtet und anschließend per Taxi in die Kaserne gefahren, während die drei türkischen Jungs das Geschehen aus sicherer Entfernung beobachteten. Der verletzte 17jährige wurde ins Krankenhaus gebracht und noch im OP von der örtlichen Mordkommission verhört. Er konnte das Krankenhaus bereits am nächsten Tag wieder verlassen. Bei seinem Freund Piotr konnte nur noch der Tod festgestellt werden.

Am Montag, dem Tag nach der Tat, fanden sich gegen Abend spontan 20-30 einheimische Jugendiche am Tatort ein, um dort eine Mahnwache für ihren getöteten Freund abzuhalten. Weil sie mit ihrer Aktion, die in einer Parkbucht vor dem Bahnhofsgelände stattfand, angeblich eine Einfahrt blockierten, kam es zu Polizeiübergriffen auf die friedliche Trauerveranstaltung. Blumen, Kränze und Kerzen wurden von den Polizisten zertreten und weggekehrt. Als daraufhin einige Jugendliche ausfällig wurden, drohte die Polizei ihnen an, die Nacht bei ihnen "im Bunker" zu verbringen. Ein paar Jugendliche zogen daraufhin ihre emotional geladenen Freunde beiseite, um die Situation zu entschärfen. Empört über das rücksichtslose Verhalten der Polizisten entgegneten sie diesen, daß sie die Lage nicht eskalieren lassen wollen. Sie erklärten, daß gerade 24 Stunden vorher ihr Freund hier getötet worden sei. Die Polizisten entgegneten mit der lapidaren Bemerkung "Na und?"

Einer der Jugendlichen legte Beschwerde beim Polizeipräsidenten in Kassel über das unverhältnismäßige Verhalten der beiden jungen Polizisten ein. Bisher gab es darauf aber keine Reaktion.

Am 19.11.94 waren über 500 Antifas auf der Demo in Rotenburg.

Nazi-Richter

(ND 10/94)

Die 6. Strafkammer des Landgerichts Mannheim, die wegen ihrer positiven Charakterisierung des NPD-Chefs Deckert weltweit für Protest sorgte, wird möglicherweise wieder über einen Auschwitz-Leugner verhandeln. Es handelt sich um einen Schweizer Schriftsteller, der in seinen Werken den Holocaust leugnet und die auch in der BRD verkauft. Noch ist nicht klar, ob das Verfahren überhaupt beendet wird.

Aktion gegen Republikaner

(taz 5.10.94)

Am Montag, dem 3.Oktober, warfen unbekannte im hessischen Zwingenberg Molotowcoctails auf dem Hof des Hauses von **Haymo Hoch**. H.H ist Landesvize und Mitglied des ***Republikaner-Bundesvorstandes.*** Die Flammen beschädigten das Auto des rechtsradikalen Politikers.

Haftstrafen für Brandanschag

(ND 21.10.94)

Für einen tödlichen Brandanschlag im hessischen Lampertheim müssen drei Männer für viereinhalb bzw. fünfeinhalb Jahre ins Gefängnis. Bei dem Feuer am 31. Januar 1992 kamen in einem Flüchtlingsheim drei Menschen ums Leben. Das Landgericht Darmstadt befand die drei Männer am 20.10.94 der besonders schweren Brandstiftung für schuldig. "Lediglich" für besonders schwere Brandstiftung, nicht für dreifachen Mord und zahlreichen Mordversuchen!

Abschiebehäftling gestorben

(taz 6.10.94)

Ein 30jähriger Nigerianer, **Kola Bankole**, ist am 30. August in einer Lufthansa-Maschine auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen gestorben. Er ist - sosagten acht Frankfurter Ärzte der Organisation "Internationale Ärzte zur Verhinderung des Atomkriegs **(IPPNW)** und der Vorsitzende des Vereins Demokratischer ÄrztInnen **Winfried Beck** - an einem Knebel erstickt. Ihm wurde für den Transport ein Beißschutz angelegt. In einem von der Staatsanwaltschaft nur teilweise veröffentlichten Obduktionsbericht hatte es geheißen, der Mann sei an den Folgen einer Beruhigungsspritze umgekommen. Bankole war als abgelehnter Asylbewerber aus Rheinland-Pfalz zum Flughafen gebracht und dort dem Bundesgrenzschutz übergeben worden. Er hatte sich, wie schon mehrere Male zuvor, heftig gewehrt und war gegen seinen Willen mit einer Spritze ruhiggestellt worden. Offizielle Todesursache ist Herzversagen , weil der Mann eine schwere, dem BGS und dem Arzt nicht bekannte, Herzkrankheit gehabt hätte. Der vollständige Bericht werde "zum Schutz des behandelnen Arztes" nicht veröffentlicht. Gegen ihn läuft ein Ermittlungsverfahren wegen fahrlässiger Tötung.

Schmerzensgeld

(AN 23)

Mit Urteil vom 10.11.94 verpflichtet das Landgericht Frankfurt (Main) **Hans Schafranek** aus Wien, ein Schmerzensgeld in Höhe von 20.000 DM wegen übler Nachrede an den Vizepräsidenten des ***Internationalen Komitees Buchenwald/Dora (ICBD)***, **Emil Carlebach**, zu zahlen. Schafranek hatte Carlebach als Mörder bezichtigt.

Thule-Boxen beschlagnahmt

(AN 3.11. 94)

Das hessische Landeskriminalamt hat die Wohnungen von zwei mutmaßlichen Betreibern rechtsextremistischer Computer-Mailboxen mit dem Namen *Thule-Netz* in Kassel und Frankfurt durchsuchen lassen. Die Anlagen seien beschlagnahmt und die Verdächtigen - ein 19 Jahre alter Lehrling aus Kassel und ein 23 Jahre alter Zivildienstleistender aus Frankfurt - vernommen worden, teilte das LKA in Wiesbaden mit. Die beiden Männer stehen im Verdacht der Volksverhetzung. Sie sollten mit ihren Mailboxen Anleitungen zur Herstellung von Sprengstoffen verbreiten, Kennzeichen verbotener Organisationen verwendet und gegen das Gesetz über jugendgefährdender Schriften verstoßen zu haben. Sie werden auch verdächtigt, illegale Computerspiele und CDs mit rechtsgerichteter Musik und Texte sowie mit Kennzeichen verbotener Organisationen per Datenfernübertragung vertreieben zu haben. Die Anlagen waren mit einem rechtsgerichteten Computerdatennetz angeschlossen. Bundesweit sollen an das Netz mindestens zehn Mailboxen angeschlossen sein, darunter die beiden beschlagnahmten in Hessen.

Sachsen

Antifaschist in Zittau ermordet

(TAZ vom 21.11.94)

Am Sonntag den 20.11.94 wurde der 18jährige Antifaschist **Michael Gäbler** von einem 17jährigen Nazi-Skinhead erstochen. Dem vorausgegangen war eine Auseinandersetzung in der Disco, bei der sich der Rechtsradikale damit brüstete, ein "Nationaler" zu sein. Nach Ende der Veranstaltung kam es vor dem Haus zu einem Wortgefecht, woraufhin Michael erstochen wurde. Der Fascho konnte den Ort zuerst ungehindert verlassen, wurde aber noch am selben Tag festgenommen.

Randaletour

(ND 7.11.94)

Am Samstag den 5. November randalierten etwa 20 jugendliche Faschos in Ostsachsen. Sie zogen durch die Discoteken der Kommunen Zittau und Jonsdorf.

Rechtsradikale gefaßt

(ND 15.10.94)

13 mutmaßliche rechtsradikale Gewalttäter wurden von der Sächsischen Polizei gefaßt. Den Beschuldigten werden laut Landeskriminalamt schwere ausländerfeindliche und rechtsextremistische Straftaten in Hoyerswerder und Eilenburg zur Last gelegt. In sämtlichen Fällen gaben die Rechtsextremisten ausländerfeindliche oder rechtsorientierte Einstellungen als Motiv an.

Überfall auf Portugiesen

(JW, taz 20./21.10.94)

Wie das Landeskriminalamt Sachsen am 19.10.94 mitteilte, hatten ausländerfeindliche Jugendliche in Wurzen, in der Nähe von Leipzig, portugiesische Arbeiter überfallen und mißhandelt. Das LKA hat elf Tatverdächtige im Alter von 13 bis 27 Jahren angeklagt, die mit Knüppeln und Eisenstangen die Unterkunft der portugiesischen Bauarbeiter angegriffen haben sollen, fünf Portugiesen wurden dabei verletzt. Die Angeklagten gaben als Gründe für ihre Tat ausländerfeindliche und rechte Gesinnung an.

"Opfer wild zugerichtet"

(Tsp 13.10.94)

Mitte September begann am Jugendgericht Bautzen ein Prozeß gegen sechs Rechtsradikale aus Hoyerswerda. Den Männern zwischen 16 und 35 Jahren wird vorgeworfen am 19. Dezember 1993 einen 38jährigen Mann brutal zusammengeschlagen zu haben. Ein Arzt des Opfers sagte vor dem Gericht aus, daß "der Geschädigte Höllenangst ausgestanden haben mußte" ... "er war wild zugerichtet, sein Gesicht war hell- bis dunkelbraun verfärbt". Die rechten Gewalttäter müssen sich wegen schwerer Freiheitsbraubung und versuchten Mordes verantworten.

Nazis überfielen Behinderten

(ND 8.11.94)

Am Samstag, den 5.11. wurde in Zittau bei Dresden ein 54jähriger gehbehinderter Mann von rechtsradikalen Skinheads überfallen und verletzt. Drei Rechtsextremisten sind seither in U-Haft; einer ist bisher geständig.

Thüringen

Gegen die "Junge Freiheit"

(AN 20.10.94)

Am 4. Oktober raubten zwei Vermummte in der ***Union-Druckerei*** in Weimar einen Karton mit den Adressetiketten der Abonennten der ***Junge Freiheit***. Die ArbeiterInnen kamen mit einen Schrecken davon. Am nächsten Tag fanden sich in den Briefkästen der Erfurter Innenstadt Flugblätter welche beschreiben, daß die JF eine Zeitung mit Bindefunktion zwischen Rechtskonservativen und Neofaschisten ist.

Brandanschläge auf ein Alternativhaus

(AN 23)

Am Wochenende 5./6. November 1994 wurde das "Alternativhaus" in der Heinrich-Heine-Straße in Altenburg von Neonazis angegriffen. Am frühen Sonnabendmorgen gegen 1 Uhr bepöbelten etwa 15 Faschisten im Alter von 15-20 Jahren ein heimkehrendes Pärchen, versuchte es dann anzugreifen, sie konnten sich aber ins Haus retten. Dann fingen die Nazis an: Sie warfen Steine, entglasten die ganze Vorderfront des Hauses und gaben sie ihren Siegestaumel durch Nazirufe Ausdruck, bis die Polizei eingriff. Ein Bewohner wurde verletzt, alle Fenster zerstört und Computer und Einrichtungsgegenstände wurden beschädigt.
Am frühen Sonntag ab 4 Uhr griffen die Faschisten das Alternativhaus Altenburg mit Mollies erneut an. Sie trafen ein Schlafzimmerfenster, hinter dem jemand schlief. Zum Glück wurde der Anschlag rechtzeitig bemerkt. Da einige Täter schon bekannt waren, wurde gegen diese Anzeige erstattet.

Fascho-Randale

(ND 7.11.94)

Am Sonntagabend, den 6. November randalierten etwa 30 Fascho-Kids im thüringischen Sonneberg. Ein 19jähriges Mädchen wurde schwer verletzt. Zugleich wurde am Wochenende in Breitenworbis (Eichsfeldkreis) ein Ausländerwohnheim von Faschos beschmiert.

Milde Urteile im Buchenwald-Prozeß

(Tsp, taz, ND, u.a. 14.10. + 25.10.94)

Am 13. und 24. Oktober fanden im Weimarer Amtsgericht die Prozesse gegen acht Nazi-Skins wegen Tragens von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen, Landfriedensbruchs und Sachbeschädigung statt. Die Haftbefehle gegen alle Beschuldigten wurden nach dem Ende des 2 Prozesses gegen die ersten acht Angeklagten am 13. Oktober außer Vollzug gesetzt. In dem ersten Verfahren war ein Angeklagter zu einer zwanzigmonatigen Gefängnisstrafe verurteilt worden. Gegen zwei weitere wurden Bewährungsstrafen verhängt. Drei Angeklagte erhielten Jugendarrest, zwei Jugendliche sprach das Gericht frei. Eigentlich beabsichtigten die Nazi-Skins, die einen Bus gemietet hatten am 23. Juli, zu einem Konzert ins Allgäu zu fahren, welches aber verboten wurde. Die Polizei, welche zuerst den Bus verfolgte, brach die Verfolgung ab. So bemerkte sie nicht wie die insgesamt 23 Nazi-Skins am 23. Juli mit "Sieg Heil"-Rufen und erhobenen Arm durch die Gedenkstätte zogen. Sie schmissen Steine und bedrohten und beschimpften Mitarbeiter, zuvor war ein türkischer Blumenhändler angepöbelt und ein Österreicher geschlagen worden.

Nazis festgenommen

(Radio Fritz 14.11.94)

Sieben Mitglieder der verbotenen **Wiking-Jugend** wurden am 14. November '94 an der KZ-Gedenkstätte Buchenwald festgenommen. Bei den 18-26jährigen wurde verschiedenes Nazi-Material beschlagnahmt.

Ausstellung entsorgt

(AN 21/94)

Die 1985 erstellte Ausstellung in der Gedenkstätte Buchenwald wurde entfernt und soll nicht archiviert sondern eingestampft werden, obwohl Antifas sich für den Erhalt der Exponate einsetzen und sie als Wanderausstellung für antifaschistische Projekte nutzen wollten.

Bayern

Altnazi-Treffen

(taz, JW 17.10.94)

Ehemalige Mitglieder von SS-Divisionen und SS-Regimenten trafen sich am Wochenende 15./16.10.94 in Lenggries bei Bad Tölz. Am Treffen nahmen etwa 250 Altnazis teil.

Brandanschlag auf türkische Familie

(JW, ND 11.10.94)

Auf die Wohnung eines türkischen Ehepaares in München haben zwei Maskierte in der Nacht zu Montag den 10. Oktober '94 einen Brandanschlag verübt Die Brandstifter drangen in die Wohnung ein und zündeten Tapeten, Vorhänge, Bücher und Teppiche an. Eine Frau erlitt eine leichte Rauchvergiftung, der Sachschaden beläuft sich auf rund 5.000 DM. Ein ausländerfeindliches Motiv für die Tat wollte die Polizei bislang weder bestätigen noch dementieren.

Witikobund-Treffen

(NE 10/94)

Zwischen dem 7.-9. Oktober 1994 führten der ***Witikobund e.V.*** seine Jahreshauptvesammlung in Bamberg durch. Die Adresse des Witikobundes lautet: Witikobund e.V., Triftstr. 1, 80528 München, Tel.: 089 / 221135.

Anzeige gegen Grünen-Politikerin

(NE 10/94)

Die "Grünen" Politikerin **Luise Nomayo** hat mehrere Strafanzeigen bekommen, weil sie bei einer Anti-Rep-Aktion einen Sack voller Mist vor einem ***REP***-Infostand ausgeleert hat. Nun hat sie eine Anzeige wegen Straßenverunreinigung und womöglich noch eine Anzeige wegen Beleidigung des Republikaner-Landeskandidaten **Dieter Maier**. Als Krönung des ganzen eine weitere wegen mißbräuchlicher Benutzung einer Ausnahmegenehmigung zum Befahren der Fußgängerzone.

Nazi-Lehrer entlassen

(TAZ 17.10.94)

Der Personalausschuss des Nürnberger [illegible]dtrats hat den Oberstudienrat **Hans-Jügen Witsch** vorläufig vom Dienst suspendiert. Er hatte wiederholt in seinem "Arbeitskreis für Zeitgeschichte und Politik" den Holocaust geleugnet, nachdem er 1981 schon einmal zu 5.000 DM verurteilt worden war. Er meinte, das sei eine "Erfindung der Kriegsgreuelpropaganda".

Chinese angeschossen

(taz, 8.10.94)

Ein 31jähriger Asylbewerber aus China wurde in Augsburg von einem Polizeibeamten angeschossen und schwer verletzt. Der Asylsuchende, der den Polizisten mit eine Eisenstange angegriffen haben soll, erlitt einen Beckendurchschuß.

Chinese stellt sich



(JW 21.10.94)

Das bayrische Innenministerium hat am Donnerstag einen jungen Chinesen aus dem mittelfränkischen Gunzenhausen abgeschoben. Der 19jährige abgelehnte Asylbewerber, der am Mittwoch in Begleitung seines Vormundes aus einem Jugendheim verschwunden war, hatte sich den Behörden gestellt.

Baden-Württemberg

Nazi-Treffen durch Polizei aufgelöst

(ND, JW 7./8.11.94)

Am Sonntag, den 6. November trafen sich in Stuttgart-Weilimdorf Nazis aus fast allen Bundesländern, um nach Polizeiangaben, eine "Stuttgarter Kameradschaft" zu gründen.

Bei der Razzia wurden von rund 100 Polizisten 197 Nazis festgenommen. Darunter waren auch der Nazi-Kader **Friedhelm Busse** (Bundesvorsitzenderder **FAP**), **Axel Heinzmann** - ein Fascho aus Tübingen, der bereits in der ***Wehrsportgruppe Hoffmann*** aktiv war - und **Alois Hogh**, der auch ein FAP-Fascho aus

Tübingen ist. Heinzmann sitzt noch in Untersuchungshaft, alle anderen sind wieder auf freiem Fuß. Auch der Nazi-Liedermacher **Frank Rennicke** aus dem württembergischen Ehningen befand sich unter den Festgenommenen, ebenso **Ernst Tag** und **Christian Hehl**. Bei Busse wurde ein Dutzend Exemplare von Hitlers "Mein Kampf" befunden, was ihm nun eine Anzeige wegen Verbreitens von verfassungsfeindlicher Propaganda beschert.
Der Versuch der Gründung der neuen Kameradschaft sollte zum Aufbau der neuen Struktur dienen, welche nicht mehr die einer Partei ist, sondern unabhängige, zusammenarbeitende Kameradschaften vereinen soll.

Anschlag auf Asylbewerberheim

(taz 19.10.94)

Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Tübingen ist in der Nacht zum 18. Oktober hoher Sachschaden entstanden. Personen wurden nicht verletzt. Die Polizei geht von Brandstiftung mit ausländerfeindlichem Hintergrund aus.

Brandanschlag auf türkischen Treffpunkt

(taz, JW 19.10.94)

Bei einem Brand in dem türkischen Treffpunkt "Apollo" in Stockach ist in der Nacht zum 18. Oktober ein Sachschaden von etwa 30.000 DM entstanden. Personen wurden nicht verletzt. Die Polizei geht von Brandstiftung mit ausländerfeindlichem Hintergrund aus.

Aufruf zur Gründung einer "Deutschen Bürgerwehr"

(AN 23)

Der Ludwigshafener Neo-Nazi füherer **Ernst Tag** hat mit einem Flugblatt zur Gründung einer bundesweiten ***Deutschen Bürgerwehr*** aufgerufen. Als Vorsitzender dieser Bürgerwehr wird ein **Kai Rüber** mit Postfachadresse in Ludwigshafen genannt. Aufgerufen werden alle rechtsschaffenen Deutschen, weil die Polizei nicht in der Lage wäre, jedem Bürger den ihm gesetzlich zustehenden Schutz auch zu gewähren. Als Aufgaben werden u.a. genannt: -durch Präsenz Bekämpfung und Verhinderung von Verbrechen, -direkte Zusammenarbeit mit der Polizei, -Zusammenarbeit mit anderen Bürgerwehren, -Polizeiunterstützender Einsatz bei gewalttätigen Demonstrationen.

Gegen NPD-Zentrum

(tanz Nr.7 Okt/Nov '94)

Die ***NPD*** hat in Eningen bei Reutlingen unter Achalm eine Villa in der Schillerstr. 73 geerbt. Zwei Schwestern die mittlerweile gestorben sind, haben festgelegt, daß das Haus als "nationale Begegnungsstätte" von der NPD genutzt werden soll. Doch die Gemeinde Eningen hat kein Interesse daran, daß die NPD sich in Eningen niederläßt. Bürgermeister Steinhilber z.B. versucht die Villa der NPD abzukaufen, da die NPD beim Bund und beim Land noch ca. 1 Million DM Wahlschulden hat und das Haus verkaufen oder verpfänden muß. Doch die NPD denkt gar nicht daran auszuziehen, sondern fängt an zu renovieren und preist das Haus schon als "billige Ferienwohnung". Zur Zeit gibt es ein Reutlinger Bündnis "Kampagne 94 - Antifaschistisches Bündnis" und einige Treffen zwischen der Antifa-Reutlingen, Einzelpersonen, VertreterInnen der Grünen und Leuten aus dem kirchlichen Spektrum. Es bleibt abzuwarten wie sich die ganze Sache entwickelt.

Rassistischer Fußball

(EPIs Weil, 19.11.94)

Am 13. November '94 fand in Grenzach/Baden ein Kreisliga-C-Spiel statt zwischen dem FC Grenzach II und dem TKSV Weil (Türkischer Kultur- und Sportverein). Dieses Spiel wurde beim Stand von 2:1 in der zweiten Halbzeit abgebrochen. Grund: Zuschauer aus Weil und Spieler des TKSV stürmten den Fußballplatz, was in einer handfesten Schlägerei mit Grenzachern endete. Sechs Leute trugen leichte Verletzungen davon. Ausschlaggebend für die Randale war, daß die türkische Mannschaft aus Weil während des ganzen Spiels von einigen Grenzacher Spielern mit rassistichen Sprüchen provoziert wurden. Der vor allem betroffene Spieler war ein Äthiopier. TKSV-Akteure haben die Grenzacher Spieler während der Halbzeitpause darauf hingewiesen, daß es Ausschreitungen geben werde, wenn die rassistischen Beleidigungen andauern. Der TKSV-Sekretär Osman Tok meint dazu: "Wir wollen keine Schlägereien, wir wollen nur spielen, hier leben und uns integrieren".

Antifa-Demo

(Badische Z. 14.11.94)

Mehr als 100 vorwiegend junge Leute demonstrierten am Samstag den 12. November '94 in der Schopfheimer Innenstadt gegen die Kandidatur zweier Neonazis zur Bürgermeisterwahl am 13. November. Zur Demo aufgerufen hatte die "Antifaschistische Aktion Lörrach". Mit Transparenten, markigen Sprüchen und Musik setzte sich der Zug vom Bahnhof Richtung Marktplatz in Bewegung, wo dann die Kundgebung stattfand. Ohne Zwischenfälle protestiert wurde gegen die Kandidatur des ***NPD***-Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** und gegen die von **Manfred Teuber**, Mitglied der ***Aktion Sauberes Deutschland***, eine militant faschistische Aktion, die 1986 gegründet wurde. Die VeranstalterInnen bezeichneten es als Skandal, daß keine Schopfheimer Initiative gegen diese Kandidatur protestiert habe. "Totschweigen ist nicht die Lösung, denn wer schweigt, stimmt letztlich zu", hieß es während der Kundgebung.

Aktion gegen REPs

(AN 21/94)

Am 29.9.94 gab es in Rottenburg (Baden-Württemberg) eine Wahlveranstaltung der ***Republikaner***, zu der über 130 Personen kamen. Vor der Halle kam es zu einer antifaschistischen Gegendemonstration an der rund 300 Leute teilnahmen.

Antifa-Demo von der Polizei angegriffen

(AN u.a Presseberichte 3.10.94)

Am 3. Oktober demonstrierten etwa 500 Menschen unter dem Motto "Den nationalen Konsens sprengen - weltweit gegen Unterdrückung, Rassismus und soziale Verelendung" in der Stuttgarter Innenstadt. Es gab zwei Zwischenkungebungen: vor der Ausländerbehörde, wo gegen Abschiebungen protestiert wurde und vor dem **"Hotel Silber"**, dem ehemaligen Gestapo-Hauptquartier. Dort wurde versucht, ein Transparent zum Gedenken an die Toten des Nazi-Regimes aufzuhängen. Dieser symbolischer Akt war Anlaß zu einem brutalen Knüppeleinsatz der Polizei. Mehrere Antifas wurden dabei verletzt - 2 von ihnen mußten mit Verdacht auf schwere Gehirnerschütterung in Krankenhäuser eingeliefert werden. Die Abschlußkundgebung auf dem Schloßplatz wurde mit einer symbolischen Theateraktion beendet.



Berlin

Rechter Terror in Berliner S-Bahn

(BeZe 10.10.94)

In der Nacht zum Sonnabend den 8. Oktober gab es in der S-Bahn Linie 8 zwischen Frankfurter Allee und Karow Überfälle rechtsextremer Schläger. Zu den Opfern gehörten unter anderem zwei Männer, darunter ein Schwarzafrikaner aus Mocambique. Die Rassisten versuchten die beiden Männer aus dem Zug zu werfen, nachdem sie sie beschimpft, geschlagen und beraubt hatten. Insgesamt gab es in dieser Nacht acht Überfälle rechtsextremen Charakters auf dieser Linie , alle diese Überfälle wurden vermutlich von der gleichen Skinhead-Gruppe verübt (ca. 15 bis 20 Leute). Zum Teil wurden die angegriffenen Leute schwer verletzt und beraubt. Ein 22jähriger Mann wurde vorm Rauswerfen durch das mutige Einschreiten einer jungen Frau bewahrt . Davor hatten die Täter das Fahrad des Opfers herausgeworfen. In Magdeburg gab es ähnliche Zwischenfälle, bei einem Überfall rechtsextremer Schläger wurden vier Afrikaner angegriffen. Einer der Opfer wurde dabei durch eine abgebrochene Flasche am Oberarm verletzt.

Überfall auf Schwulenkneipe

(taz, BZ 18.10.94)

Etwa 30 Hools und Nazi-Skins haben am 16. Oktober 1994 nach einem Heimspiel von Hertha BSC eine Schwulenkneipe in der Ansbacher Straße (Berlin-Schöneberg) überfallen. Dabei gingen in der "Andreas' Kneipe" die Scheiben zu Bruch, als Blumenkübel in den Wintergarten geworfen wurden. Einem Gast wurde ins Gesicht geschlagen. Die Täter flüchteten unter "Sieg Heil"-Rufen.

Jüdisches Ehepaar angegriffen

(taz 20.10.94)

Ein 39jähriger Elektromechaniker, der ein jüdisches Ehepaar auf dem Weg zur Synagoge mit einer Peitsche angegriffen und beschimpft hat, ist am 19. Oktober zu fünf Monaten Gefängniss verurteilt wurden. Der Täter wurde jedoch auf freien Fuß gesetzt. Im Fall des späteren Strafantritts käme er in den offenen Vollzug, hieß es. Wegen der mehr als drei Promille im Blut wurde der Täter lediglich wegen vorsätzlichen Vollrausches verurteilt. Der Angeklagte hat das Ehepaar als "Saujuden" beschimpft und sie mit einer Peitsche attackiert welche der Ehemann mit seinem Gebetsbuch abwehren konnte.

Nigerianer mit Messer verletzt

(taz 12.10.94)

In der Nacht zum 11. Oktober stießen vier bisher unbekannte Täter den 35jährigen vom Fahrrad, traten ihn mit Füßen und verletzten ihn mit einem Messer. Dann raubten sie dem Nigerianer seinen Rucksack und das Fahrrad. Die Angreifer konnten unerkannt flüchten.

Vietnamesen Opfer

(ND,taz 16.10.94)

Rund 20 Jugenliche überfielen in der Nacht zum 14. Oktober '94 zwei Vietnamesen. Die Angreifer bedrohten ihre Opfer mit einem Messer und raubten sie anschließend aus. Sechs Tatverdächtigte wurden in der Nähe des Tatortes festgenommen.

Vietnamesin überfallen

(BK,ND,taz 14.10.94)

Kripo-Beamte vom Staatsschutz nahmen am 12. und 13. Oktober vier Rechtsradikale aus Berlin-Pankow fest. Die 13- bis 19-jährigen haben am Abend des 30. September '94 in Pankow eine Vietnamesin (46) ausgeraubt. Die Frau hatte noch versucht den Schlägern davonzurennen, war aber eingeholt, mit einem Knüppel geschlagen und dann ausgeraubt worden. Sie erlitt eine stark blutende Kopfplatzwunde. Im "Verbrecheralbum" erkannte die Asiatin die Täter wieder, welche bereits bei der Polizei wegen zahlreicher Straftaten bekannt waren.

Angolaner vor LKW

(JW/19.10.94)

In der Nacht zum 17.10.94 wurde in Berlin-Prenzlauer Berg ein 19jähriger Angolaner, der sich zur Zeit als Asylsuchender in Deutschland aufhält, von Skins vor einen Lkw gejagt. Der Afrikaner erlitt schwere Kopfverletzungen und war am 19.10. noch nicht vernehmungsfähig. Vor seinem Transport ins Krankenhaus habe er angegeben, von Skins verfolgt, angegriffen und vor den Laster gejagt worden zu sein. Nach Polizeiangaben sind die Hintergründe der Tat noch nicht geklärt, von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Pole attackiert

(taz 20.10.94)

Am 14. Oktober haben mehrere Rechtsradikale einen Polen in der S-Bahn zwischen den Stationen Friedrichstraße und Warschauer Straße angedroht ihn aus der S-Bahn zu werfen. Sie taten es aber nicht (das Abteil war vollb[illegible]zt), sondern Schlitzten ihm "nur" die Fahrradreifen auf.

Überfall auf Ausländer

(taz 20.10.94)

Am Abend des 18. Oktober ist ein Jugoslawe auf dem Berlin-Neuköllner Herrfurthplatz von zwei Jugendlichen mit Eisenstangen "brutalst zusammengeschlagen" worden. Erst nachdem mehrere Passanten einschritten, ließen die Täter ab und flüchteten. Die Polizei bestätigte den Vorfall, machte aber weiter keine Angaben.

Vietnamese verletzt

(taz 27.10.94)

Ein 26jähriger Vietnamese ist in Berlin von Unbekannten angeschossen und verlet[illegible]orden. Landsleute hatten ihn am 25. Oktober vor einem Flüchtlingsheim in Hohenschönhausen verletzt aufgefunden und in ein Krankenhaus gebracht. Die Täter sind bisher unbekannt.

Junge Union auf Rechtskurs

(BeZe 15.9.94, taz 6.10.94 uvm.)

In Berliner Kreisverbänden (KV) der ***Jungen Union (JU)*** kommt es in letzter Zeit immer häufiger zu rechtsradikalen oder antisemitischen Äußerungen und Tendenzen. So z.B. der Aufruf des JU-Mitgliedes **Adiano Winkler** zu einem ***Deutschkonservativen Kreis*** auf einer ***CDU***-Ortsveranstaltung. Winkler setzte sich "für eine starke nationale und volkskonservative politische Führung" ein. Weiter sprach er sich für eine Kraft "die stark ist, weil sie ausschließlich deutsch ist" aus. Winkler arbeitete mit gleichgesinnten JU-Mitgliedern und mit dem CDU-Abgeordneten Ekkhard Wruck ein 12-Punkte-Papier aus, in dem eine "stark volkskonservative Führung gefordert wird. Nach Winkler könnte auch der Name "Christlich" aus den Lettern der CDU gestrichen werden, wenn sich jüdische Menschen im Bundesvorstand wiederfinden würden. Gegen Adriano Winkler läuft bereits ein Ausschlußverfahren.

Am 24. September sorgte ein Antrag auf der Berliner Landeskonferenz für Aufsehen. Der Kreisverband Berlin-Charlottenburg nannte ein Mahnmal für die Bücherverbrennung der Nazis "überflüssige und verantwortungslose Verschwendung von Steuergeldern. Dieser Antrag, in dem noch unter anderem die Ausgrenzung der Nazikunst gegeißelt wurde, wurde vom Landesvorstand nicht angenommen. Offen wurde auch vor Monaten über das Aufheben des Verbots der Reichskriegsflagge nachgedacht. Die Berliner AusländerInnen Barbara John (CDU) wurde von JU'lern als "Volkskommissarin für Überfremdung" beschimpft.

"Kaindl-Prozeß"

(AJI #13)

Seit dem 20. September lief in Berlin ein Prozeß gegen sieben AntifaschistInnen, denen vorgeworfen wurde, an der Tötung des Rechtsextremisten **Gerhard Kaindl** im April 1992 beteiligt gewesen zu sein. Dieser ist bei der Stürmung eines Nazitreffens in einem Berliner Chinarestaurant getötet worden. Doch der jetzige Prozeß zeigte gleich am Anfang sehr deutlich, daß hier bald jemand ganz anderes auf die Anlagebank gehört, als diejenigen, die tatsächlich drauf sitzen: Nämlich der Berliner Staatsschutz, also die politische Abteilung der Kriminalpolizei.

Es hatte für die Polizei alles so schön angefangen, als sie vor einem Jahr stolz verkünden konnte, sie hätte die ersten "Mörder" von Kaindl gefaßt, dem damaligen Schriftführer der faschistischen ***Deutschen Liga (DL)*** in Berlin. Erst stellte sich ein türkischer Jugendlicher, dann wurde ein zweiter festgenommen und dann begannen die Hausdurchsuchungen und die Suche nach etwa zehn weiteren Menschen. Allerdings konnten erstmal nur noch zwei weitere festgenommen werden, die Anderen waren verschwunden. Nach ein paar Tage meldete sich Abidin freiwillig bei der Polizei und kam ebenfalls in Untersuchungshaft, im Laufe des Jahres 1994 kamen dann auch Seyho und Carlo zurück und wurden ebenfalls eingesperrt. Schließlich standen sieben Menschen vor Gericht.

Von der Berliner Polizei wurde dies alles natürlich als grandioser Fahndungerfolg ausgegeben. Doch diejenigen, die mal etwas genauer hinsahen, merkten bald, daß da einiges nicht stimmt. Vor allem was die Aussagen der beiden zuerst festgenommenen Jugendlichen betraf, gab es viele Fragen und viele Ungereimtheiten. Doch das Frühjahr und auch den Sommer hindurch kamen nur vereinzelte Bröckchen ans Licht, wie diese Aussagen zustande gekommen waren. Offizielle Version: Sämtliche Festgenommenen sowie die noch Untergetauchten wären an der geplanten Aktion und auch der Planung beteiligt gewesen, Gerhard Kaindl zu ermorden, folglich seien auch alle mitschuldig - und zwar des "gemeinschaftlichen Mordes". Den Jugendlichen Erkan hätten Schuldgefühle zur Aussage getrieben, die ihn selbst und die anderen belasteten. Der daraufhin festgenommene Jugendliche Bazdin hätte die gleichen Aussagen gemacht und damit Erkans Aussagen bestätigt. Damit sei ein hinreichender Tatverdacht gegen alle Angeklagten und Gesuchten gegeben. Soweit zu dieser Version.

Im Laufe der Monate wurde dann klar, in welchem Zustand Erkan diese Aussagen gemacht hatte: Er litt unter einer paranoiden Schizophrenie, was soviel bedeutet wie: Er kann jetzt eine Sache so und so sehen und erzählen und nach ein paar Stunden plötzlich ganz anders. Als klar war, daß die Aussagen zuerst von einem psychisch völlig labilen und unzurechnungsfähigen Menschen gemacht wurden, waren sie in unseren Augen schon mal ziemlich unbrauchbar. Zusätzlich kam heraus, daß Erkan zwei Wochen lang von der Polizei unter Verschluß gehalten wurde. Er hatte also keinen Kontakt zu seinen Freunden oder einem Rechtsanwalt. Zwei Wochen lang wurde er in faktischer Abhängigkeit zum Staatsschutz gehalten, was schließlich in einem Selbstmordversuch gipfelte, der aber glücklicherweise daneben ging. Erkan wird seitdem in einer Nervenklinik stationär behandelt.

Im Prozeß stellte sich dann heraus, daß die Polizei Erkan die Aussagen praktisch in den Mund gelegt hatte. Dies war auch schon bei der Formulierung der Aussagen deutlich geworden, die in bestem Beamtendeutsch gehalten waren. Die nächste Überraschung kam dann am nächsten Prozeßtag. Bazdin, der - wie Erkan - von einem Teil der antifaschistischen Szene als Verräter gehandelt wurde, erzählte wie seine Aussagen zustande kamen. Demnach wurde er nach seiner Festnahme vom Staatsschutz stundenlang verhört, ohne daß jedoch ein Tonband mitlief oder protokolliert wurde. Die Beamten versuchten ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, was ihnen mit der Zeit scheinbar auch gelang. Im Prinzip erzählten sie ihm die Aussagen von Erkan und zeigten ihm auch die von ihm unterschriebenen Protokolle. Sie sagte die ganze Zeit über, daß es so gewesen sein müsse und daß er wieder nach hause gehen könne, wenn er nur alles bestätigen würde. Man muß dazu sagen, daß Bazdin zum Zeitpunkt der Aktion gegen die Faschisten im Chinarestaurant gerade mal Erkan und Seyho kannte. Die Beamten tippten dann eine Aussage zusammen, die sie dem übermüdeten Bazdin zur Unterschrift vorlegten und die er auch ungelesen unterzeichnete. Somit war der Weg für den Staatsschutz frei, zur großen Jagd auf die Antifas zu blasen. Und Bazdin wurde natürlich nicht freigelassen, sondern kam in Untersuchungshaft.

Die Solidarität mit den Angeklagten

Von Anfang an war klar, daß hier ein Exempel statuiert werden sollte, es wurde nicht nur für Berlin der wichtigste Prozeß gegen Antifas seit Jahren. Also mußte auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit und Gegenmobilisierung organisiert werden. Mit der Gründung der Unterstützungsgruppe und der Herausgabe einer regelmäßigen Zeitung ("Herzschläge") wurde der Anfang gemacht. Ziel war es zunächst, in linken und linksliberalen Zusammenhängen ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß es hier um einen Prozeß gegen die Antifa geht, nicht nur gegen die gerade Angeklagten. Also wurden massenweise Info-Veranstaltungen organisiert und versucht, die Öffentlichkeit ständig auf dem aktuellen Stand zu halten. Je mehr Details über die Aktion und den Verhaftungen bzw. Verhören bekannt wurden, umso mehr Menschen solidarisierten sich mit den Angeklagten. Allerdings gab es immer Leute und Gruppen, die meinten, schon das Urteil über Erkan und Bazdin sprechen zu können und sie aus ihrer Solidarität ausnahmen. Man kann da sicher unterschiedlicher Meinung sein, aber dieser "Fall" hat schon gezeigt, daß manche mit einer Vorverurteilung von Leuten aus den eigenen Reihen sehr schnell sind.

Nachdem die Anklage ("gemeinschaftlicher Mord, sechsfacher Mordversuch") bekannt wurde, war das für uns erstmal ein Hammer. Immerhin ging es hier um jeweils 10 Jahre bis lebenslänglich Knast. Doch diese Anklage baut auf etwas auf, was es so nicht gegeben hat: Denn "gemeinschaftlich" setzt schon eine zusammen geplante Tat voraus. Einige der Angeklagten gehörten im Frühjahr '92 der türkischen Antifagruppe "Antifa Gençlik" an, andere waren unorganisiert. Man hatte offensichtlich nicht allzuviel miteinander zu tun. Da ist es ja wohl ausgeschlossen, daß man sich dann eben mal zu einem gemeinsamen Mord verabredet. Und dies wäre der zweite Teil, der "Mord-" bzw. der "Mordversuch"-Vorwurf, der unsinnig ist. Zumal ein gezielter Mord niemals Taktik oder Strategie der Antifaszene gewesen ist.

Die Soli-Arbeit ging aber auch über die eigene Szene hinaus. Es gab Veranstaltungen und Veröffentlichungen, die viel eher in Richtung liberale Öffentlichkeit gerichtet waren. Zum Prozeßbeginn gab es in mehreren ausländischen Städten Solidaritätsaktionen, selbst in den USA und Südamerika. Es wurden Anzeigen in Zeitungen geschaltet und unzählige Postkarten an die Richterin gesandt mit der Forderung, einen fairen Prozeß zu führen und die Mordanklage fallen zu lassen.

Briefe und Telegramme aus aller Welt erreichten das Gericht ebenso wie die Nachricht, daß das Verfahren von internationalen ProzeßbeobachterInnen besucht würde. Gleichzeitig immer mit der Forderung, die Öffentlichkeit nicht auszuschließen, wie es zuerst in Betracht gezogen wurde.

Der Prozeß

In den ersten Prozeßtagen machte die Richterin klar, daß sie zwar einen fairen Prozeß führen wolle, aber auch "durchgreifen" könne. Sie entschied, die Öffentlichkeit nicht auszuschließen und dies mit dem Hinweis darauf, daß der Prozeß auch im Ausland mit Interesse verfolgt würde. Die Verhandlung wurde von mehreren Prozeßbeobachtern verfolgt, u.a. von einem türkischen Menschenrechtsaktivisten, einer Vertreterin der "Tupamaros" aus Uruguay und einem Gewerkschafter und Abgeordneten der Labour-Party im Europaparlament.

Gleich am Anfang wurde deutlich, daß der Verdacht gegen den Staatsschutz nicht unbegründet war, denn Erkan und Bazdin erzählten von den dubiosen Verhörmethoden. Die anderen Angeklagten machte dann in Erklärungen deutlich, daß sie eine solche Aktion (außer die Tötung), also den Angriff auf ein Faschistentreffen, für richtig befinden

und sich nicht davon distanzieren. Einige sagten dann, daß sie an der Aktion teilgenommen haben, allerdings nichts von der Tötung Kaindls bemerkt hätten. Fatma und Abidin stritten ab, überhaupt an der ganzen Aktion beteiligt gewesen zu sein. Dies wurde dann auch in den folgenden Verhören der einzelnen Angeklagten nochmals bestätigt. Das gleiche gilt auch für eine Frau, die derzeit noch wegen der Aktion gesucht wird.

Im Laufe der Verhandlungen kam immer mehr zum Vorschein, daß der Staatsschutz mit Erkan und Bazdin ein ganz übles Spiel getrieben hat. So beschloß die Richterin dann auch, die Aussagen von Erkan nicht mehr in die Urteilsfindung mit einzubeziehen, da sie gerichtlich nicht verwertbar sind. Damit stützte sich nun alles auf Bazdins Aussagen, die aber ebenfalls auf sehr hinterlistige Art zustande gekommen waren. Während des Prozesses wurde immer mehr die üble Rolle des Staatsschutzes deutlich. Als dann der erste Staatsschutz-Vertreter als Zeuge erschien, wurde er unter anderem von Abidins Anwalt einem Verhör unterzogen. Mittendrin unterbrachd die Richterin Eschenhagen diese Befragung und kündigte an, Abidins Verfahren jetzt abzutrennen (er wurde einige Tage später freigesprochen). Durch dieses Vorgehen hatte der Anwalt kein Recht mehr, den Beamten weiter zu befragen. Es war klar, daß dessen Vorgehen und das der anderen beteiligten Staatsschützer mit allen Details an die Öffentlichkeit gezerrt werden würden. Dies sollte offensichtlich verhindert werden. In Laufe der folgenden Stunden gab es dann einen Deal zwischen den Anwälten, Staatsanwaltschaft und dem Gericht. Damit sollten die weiteren Aussagen der Polizei verhindert werden. Das konnte aber nicht verhindern, daß noch etwas anderes bekannt wurde: Die Anklage baute nämlich nicht nur auf die Ermittlungen des Staatsschutzes auf, sondern der hatte einen Großteil der Informationen von einem Spitzel des Verfassungsschutzes erhalten - ohne das beim Prozeß oder in den Akten zu vermerken. Da es aber in Deutschland eine Trennung zwischen VS und Polizei geben muß, dürften solche Informationen nicht so ohne weiteres heimlich mitgenutzt werden. Doch natürlich gibt es deshalb keinen Skandal, schon gar nicht in Berlin, wo der Staatsschutz schon immer für seine merkwürdigen Methoden bekannt ist.

Der Deal, auf den sich alle Beteiligten geeignet hatten, gleich einer Erpressung: Er sichert den Angeklagten eine relativ geringe Strafe zu, die dann "nur noch" auf "schwere Körperverletzung mit Todesfolge" lautet. Im Gegenzug verzichtet die Verteidigung auf die weitere Anhörung der Polizei und der Nazis als Zeugen. Die Erpressung ergibt sich daraus, daß die Richterin damit deutlich gemacht hat, daß der polizeiliche Hintergrund rausfallen muß, damit die Angeklagten bald freigelassen werden. Werden aber die polizeilichen Methoden weiterhin thematisiert und wird auf eine Staatsschutz-Aussage vor Gericht bestanden, dann wird auch das Verfahren weitergeführt und das Urteil wahrscheinlich höher ausfallen.

Nachdem dann noch alle Angeklagten zu ihren Beschuldigungen Stellung bezogen hatten, ließ die Richterin innerhalb von drei Tagen Abidin und Fatma frei. Außerdem machte sie deutlich, daß es keine Verurteilung mehr wegen Mordes oder Mordversuch geben würde.

Resümee

Der Prozeß hat gezeigt, daß der Staatsschutz auf jeden Fall bereit ist, alle Schweinereien anzuwenden, nur um AntifaschistInnen in den Knast zu bringen. Da schrecken sie auch vor miesen Tricks nicht zurück, die völlig Unschuldigen monatelang ihre Freiheit nehmen. Für den Staatschutz war dieses Verfahren das wichtigste gegen Antifas innerhalb der letzten Jahre. Man ist in Berlin schon lange gewohnt, daß die Politische Polizei, wie sie vor ihrer Umbenennung auch offiziell hieß, mit besonderem Eifer gegen Linke vorgeht - und dabei auch Mittel anwendet, die manchmal außerhalb des Gesetzes liegen.In dieser Hinsicht also nichts Neues.Was wir aber bei der ganzen Sache gemerkt haben ist, daß es verdammt wichtig ist, sich alles sehr genau anzuschauen: Wer hat die Ermittlungen geführt, wer vertritt die Staatsanwaltschaft, wer das Gericht? Welche Strategie fahren Staatsanwaltschaft, Gericht, gegnerische Zeugen und eventuelle Nebenkläger?

Wir haben uns intensiv um die Pressearbeit und viele andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit gekümmert. In ziemlich allen antifaschistischen Kreisen haben wir versucht ein Bewußtsein dafür zu entwickeln, wie wichtig dieser Prozeß für alle aktiven Antifas ist. Antifaschistische Gruppen im Ausland haben sich engagiert, zahlreiche Prominente sind als ProzeßbeobachterInnen aus mehreren Kontinenten gekommen. Wir haben klare Forderungen aufgestellt, wie "weg mit der Anklage wegen gemeinschaftlichen Mord" und "kein Ausschluß der Öffentlichkeit" - die Richterin ließ die Öffentlichkeit mit der Begründung zu, daß es ein großes Interesse im Ausland gäbe.

Wir haben gesehen, daß es richtig und erfolgreich ist, wenn man eine breite Solidaritätsarbeit organisiert, sich mit vielen unterschiedlichen Menschen und Gruppen koordiniert und diejenigen nicht in Ruhe läßt, die für den Verlauf des Prozesses mit verantwortlich sind.

Natürlich ist das Ende des Prozesses mit Knast-Urteilen kein Sieg. Aber es ist ein Erfolg, wenn man von der ursprünglichen Anklage ausgeht und dem, was sich zuerst abgezeichnet hat. Die Angeklagten sind relativ glimpflich davongekommen, einer ist sogar freigesprochen worden. Es ist wahrscheinlich das beste, was rauszuholen war - und mehr, als wir noch vor einigen Monaten gehofft hatten.

Und der Staatsschutz hat eine große Schlappe einstecken müssen, er mußte praktisch die Notbremse ziehen, damit nicht alles in die Hose geht...

Bombenteile bei Aktivist der Anti-Antifa

(ND 18.10.94)

Der zwanzigjährige **Oliver Werner** aus Berlin-Kreuzberg hat Haftbefehl wegen Flucht- und Wiederholungsgefahr erhalten. Er war der Polizei am 15.10.94 bei einem Fußballturnier der rechtsextremen ***Wiking-Jugend*** in Berlin-Weißensee aufgefallen. Die Durchsuchung des PKW einer Begleiterin brachte Propagandamaterial zum Vorschein. Im Rucksack von Oliver Werner fand die Polizei Bauanleitungen für Sprengvorrichtungen. Bei der anschließenden Durchsuchung seiner Privatwohnung wurden mehrere Bombenteile sichergestellt. Oliver Werner hatte am 13. August einen Journalisten vom Dach des Neo-Nazis Arnulf Priem mit einem Katapult beschossen. Anlaß war eine Antifaschistische Demonstration. In dieser Sache erhielt er einen Haftbefehl mit Verschonung. Beteilgt waren außerdem der seit diesem Vorfall in Untersuchungshaftsitzende **Arnulf Priem** und der Berliner ***Anti-Antifa*** Aktivist **Andreas Lück.**

Republikaner mit FAP

(BB 10/94)

Der Berliner -Tiergartener Bezirksverordneter und Vorsitzender der ***Republikanischen Jugend*** **, Frank Seifert,** unterhält beste Kontakte zur Berliner Neonazi-Szene. Am 4. September 1994 hatte der ***Bund der Vertreibenen (BdV)*** wieder sein ***Tag der Heimat*** in der Charlottenburger Sommeringhalle durchgeführt. Nachdem dort im letzten Jahr ***FAP***-Nazis vor den Augen der Polizei Hetzjagd auf anifaschistische Menschen machten, wurde dieses Jahr dort eine Antifa-Kundgebung abgehalten. Anwesed war natürlich auch die gesammte Führungsriege der Berliner FAP mit welcher Seifert während des Treffen immer wieder zusammenstand, auf einzelne Antifas zeigte und dabei seine üblichen Drohgebärden abließen. Es war auf jeden Fall leicht erkennbar, daß sie sich gut kannten. Später bedrohte Seifert eine Buchhändler der eine Antifa-Zeitung ausliegen hatte in der Fotos von ihm und der FAP Riege enthalten waren. Als er aus dem Laden vewiesen wurde drohte er, er könnte mit mehreren Feunden wiederkommen.

"Reps rechtsextrem"

(BeZe, Oktober 94)

Das Land Berlin darf die ***Republikaner*** weiterhin als rechtsextrem einstufen. Dies wurde in einem einstweiligen Rechtsschutzverfahren festgelegt, in dem die Partei verlangt hatte, die im Verfassungsschutz veröffentlichte Einstufung der Reps als rechtsextrem zu unterlassen.

Nazi-Grabsteine

(ND 15.11.94, Interim 17.11.94)
In der Nacht vom 11. zum 12. November 1994 hat eine autonome Gruppe **"Ufuk Sahin"** drei Grabsteine mit Nazisymbolen an drei Punkten in Berlin - vor dem Kreiswehrersatzamt Pankow, vor einer Vertriebsstelle des **Ullstein-Verlages** und vor der Kanzlei des Nazi-Anwalts **Aribert Streubel** - abgelegt. Die Grabsteine stammen aus dem "Heldenblock" des Stahnsdorfer Friedhofs, wo die Nazis sie zu "Ruhm und Ehre der Wehrmacht" aufgestellt hatten. Die Gründe für die Platzierungen der Grabsteine sind unter anderem, daß der Ullstein-Verlag massig rechtskonservative bis rechtsextreme Bücher verlegt wie z.B. "Asyl - das mißbrauchte Recht", "Die selbstbewußte Nation", "Die Faschismus-Keule. - Das letzte Aufgebot der Linken", "Ausländerkriminalität" und so weiter. Der Anwalt Aribert Streubel hat es sich zur Hauptaufgabe gemacht, militante Nazis wie **Arnulf Priem, Oliver Schweigert, Enno Gehrmann** ***(NF)*** zu verteidigen. Und wenn Gehrmann die Auschwitz-Morde leugnet, so leugnet Streubel eifrig mit. Streubel trat außerdem noch als Bevollmächtigter der NF-Nachfolgeorganisation ***Förderwerk Mitteldeutsche Jugend*** auf.

Buhrufe und Pfiffe für Republikaner

(Lokal Anzeiger Chb 12.10.94)
Buhrufe und Pfiffe für die ***Republikaner***, welche am Freitag den 5.Oktober in Berlin-Charlottenburg zu ihrer zentralen Wahlveranstaltung ins Rathaus wollten. Unter anderen war der REP-Aktivist **Sascha Kari** aus Berlin-Neukölln anwesend. Rund 50 hauptsächlich jugendliche Antifas, Alternative und Jusos behinderten den Einzug. Die Aktion verlief friedlich.

Milde Strafen

(taz 6.10.94)
Wegen eines ausländerfeindlichen Raubüberfalls auf VietnamesInnen am Tag Hitlers Geburtstages sind am 5. Oktober fünf Angeklage im Alter von 16 bis 25 Jahren verurteilt worden. Ein 17jähriger erhielt zwei Jahre und drei Monate Jugendstrafe, der vorbestrafte älteste erhielt zwei Jahre und sieben Monate. Die drei weiteren Angeklagten erhielten Jugendstrafen auf Bewährung.

Prozeß wegen Angriff auf Jordanier

(taz 12.10.94)
Vor der 30. Großen Strafkammer des Berliner Landgerichtes begann am 11. Oktober ein Prozeß gegen fünf Rechtsradikale im Alter von 19 bis 22 Jahren. Ihnen wird vorgeworfen im Mai 1993 auf dem Motorschiff "MS Thüringen" eine massive Schlägerei angefangen zu haben. Dabei sollen die Angeklagten zwei Jordanier beschimpft, beleidigt und körperlich angegriffen haben. Bei einem der Jordanier hat dies zu erheblichen Kopfverletzungen geführt. Außerdem ist es noch zu Auseinandersetzungen mit einigen Türken gekommen, worüber aber keiner der Angeklagten Aussagen machen kann, da sie "nichts wissen, wir waren zu besoffen", wie einer der Männer sagte.

Gegen Abschiebung

(JW 22.10.94)
Gegen die Abschiebung von Flüchtlingen aus dem ehem. Jugoslawien protestierten am 21.Oktober auf dem Berliner Flughafen Tegel etwa 30/40 Menschen. Was sich aber als unnötig erwies, da sich die Flüchtlinge nicht bei der Abschiebestelle eingefunden hatten. In Berlin sind insgesamt 16 000 Menschen aus dem ehem. Jugoslawien von der Abschiebung bedroht.

Nazi-Lieder

(Tsp 28.10.94)
Am Mittwoch, den 26.10.94 sind in Berlin-Neukölln vier Rechtsextremisten im Alter von 17 bis 22 Jahren festgenommen worden. Die Jungen Männer hatten in einem Gemeinschaftshaus in der Neuköllner Lipschitzallee nationalsozialistische Lieder gesungen. Die Polizei fand bei den Rechten und bei den anschließenden Wohnungsdurchsuchungen rechtsradikales Propagandamaterial.

Berliner FAP-Vorsitzender vor Gericht

(eigener Bericht)
Am 3. November begann der Prozeß gegen den Berliner ***FAP***-Vorsitzenden **Lars Burmeister** in Berlin. Er hatte vor zweieinhalb Jahren im Wahlkampf einen Hausbeseizer in Berlin-Prenzlauerberg zusammengeschlagen. Im Prozeß waren 7 Nazis als Zuschauer anwesend - das Urteils steht noch aus.

Abschiebehaft

(BeZe 8.10.94, taz 11.10.94)
Polizeipräsident Hagen Saberschinsky hält die Umstände, unter denen Abschiebehäftlinge in Berlin verwahrt werden für menschenunwürdig und damit für verfassungsfeindlich. Bereits im Sommer dieses Jahres protestierten ca. 40 Abschiebehäftlinge im Polizeigewahrsam in der Berlin-Moabiter Kruppstraße mit einen Hungerstreik gegen eine monatelange Inhaftierung; ein demonstrativer Selbstmord konnte nur knapp verhindert werden. Saberschinsky informierte den Innensenator Dieter Heckelmann in einem Brief über die unzumutbaren Haftbedingungen in Berlin-Mitte und Schöneberg. Die Innenverwaltung ließ die sog. "Rädelsführer" verlegen. Sie sollen in Zellen untergebracht worden sein, in denen sonst nur frisch ertappte Straftäter und sog. hilflose Personen ein oder zwei Nächte verbringen müssen. Amnesty International protestierte bereits. Die enverwaltung verweigert jede Stellungnahme und parallel dazu am 7. Oktober vier Politikern von Bündnis 90/Grüne den Besuch eines Abschiebegewahrsams.

Jugend-Kongreß gegen Rassismus

(Ber. Kur 23.10.94)
Vom 23. bis zum 30.10.94 fand in Berlin eine Jugendtagung "Rassismus und Antisemitismus in Europa" statt. Organisiert hatte diese Veranstaltung die jüdische Jugendorganisation ***B`nai B`rith***. Das Programm für die 14-19jährigen reichte von der Diskussion mit **Ignatz Bubis** bis zum Besuch der Gedenkstätte "Haus der Wannsee- Konferenz".

Ermittlungen

(JW 18.10.94)
Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittlet erneut gegen neun Polizisten, die Ausländer mißhandelt haben sollen. Vorgeworfen wird ihnen Körperverletzung im Amt, Strafvereitelung und sexuelle Belästigung. Seit 1993 sind 88 Ermittlungsverfahren gegen Berliner Polizisten wegen AusländerInnen-Mißhandlungen eingeleitet worden.

474 Verfahren

(taz 6.10.94)
Insgesamt 474 Verfahren sind gegen Polizisten wegen Fremdenfeindlichkeit eingeleitet, 227 davon sind wieder eingestellt. (Das bei insgesamt 30.000 Polizisten in der Stadt). Trotzdem wies der Polizeipräsident Saberschinsky alle Vorwürfe, die Polizei sei fremdenfeindlich, scharf zurück.

Tamilen bedroht

(taz,TS,ND 12.10.94)
Nach fremdenfeindlichen Äußerungen und Zeigen des "Hitlergrußes" sind am Abend des 10. Oktobers zwei Rechtsradikale in Berlin-Schöneberg festgenommen worden. Sie hatten zunächst einem tamilischen Blumenverkäufer seine Ware zerstört und später einen 37jährigen Türken, welcher die Polizei rief beschimpft und belästigt.

WJ-Fußballturnier

(ND, JW 18.10.94)
Am Sonnabend den 15.Oktober fand in Berlin Weißensee (Buschallee) ein Fußballturnier der rechtsradikalen WJ statt. Bei dieser Gelegenheit wurde der berliner Anti-Antifa Aktivist Oliver Werner wegen Bombenbesitz festgenommen.

Einbürgerungen

(taz 4.10.94)
Im ersten Halbjahr '94 haben in Berlin 5116 Ausländer bei den Berliner Standesämtern ihre Einbürgerung beantragt. Im gleichen Zeitraum wurden

2242 Anträge positiv beschieden. 122 Anträge sind abgelehnt worden. Zum Stichtag 30. Juni waren bei den bezirklichen Standesämtern 1976 Einbürgerungsverfahren anhängig.

Friedhof geschändet

(taz 6.10.94)

Auf dem jüdischen Friedhof im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg wurden am 4. Oktober neunzehn Grabsteine umgestoßen. Täter bisher "unbekannt".

Demo gegen Rassismus

(taz 10.10.94)

Am Samstag, den 8. Oktober demonstrierten rund 2.000 Menschen in Berlin gegen den Einzug rechtsextremistischer Kräfte in den Bundestag. Auf der anschließenden Kundgebung sprachen Redner von einem "Rechtsruck" der sich seit der Wiedervereinigung im gesellschaftlichen Klima eingeprägt habe. Fast sämtliche Parteien seien diesem Tremd verfallen und in ihren Ansichten nach rechts gewandert; zum Teil haben diese Parteien die Republikaner "rechts überholt" Nach der Kundgebung folgte ein kleines Konzert "Rock gegen Rechts".

An KZ erinnert

(ND/10.10.94)

Am Sonntag dem 9. Oktober haben mehrere hundert Menschen an die 27 toten Widerstandskämpfer gedacht, die vor 50 Jahren im KZ-Sachsenhausen getötet wurden. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde die in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte liegende Flurstraße in die "Arnd-Bergeron-Straße" umbenannt, **Bergeron** war einer der oben genannten Widerstandskämpfer. Die Umbenennung erfolgte auf Wunsch der Stadtabgeordneten.

Groschensammlung

(TAZ/16.10.94)

Zu einer "öffentlichen Groschensammlung" für die rund 200 Flüchtlinge in Abschiebehaft hat der **Flüchtlingsrat Berlin** aufgerufen. Die

Brandenburg

Nazi-Waffenlager ausgehoben

(ND 28.10.94)

Bei Durchsuchungen im südlichen Brandenburg und nördlichen Sachsen sind zahlreiche Waffen gefunden worden. In einer der durchsuchten Wohnungen wurde einen Tag vorher rechtsextremistisches Propagandamaterial gefunden. Es wurden acht Personen zwischen 17 und 43 Jahren festgenommen. Eigentlich sollten drei von ihnen dem Haftrichter vorgeführt werden, sie wurden dann aber wieder freigelassen, weil nach Angaben der Staatsanwaltschaft keine Haftgründe vorlagen. Ermittlungen zufolge bestand der Verdacht des Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz, des illegalen Waffenbesitzes und des Waffenhandels. Daraufhin wurden die 18 Wohnungen im brandenburgischen Senftenberg und Großräschen und im sächsischen Geierswalde durchsucht. Es wurden in zwölf Wohnungen Waffen und über 1000 Schuß Munition entdeckt. Während der Vernehmung der Festgenommenen konnten verschiedene Straftaten aufgedeckt werden. Nach den bisherigen Ermittlungen hatten sich die Beschuldigten wahrscheinlich zu einer "Waffeninteressengemeinschaft" zusammengeschlossen und im Gebiet um dem Senftenberger See Schießübungen durchgeführt.

Wie ein Sklave gehalten

(JW, BeZe 2./8.11.94)

Der Angolaner David C, der zur Tatzeit 22 Jahre alt war, wurde von den Potsdamern **Christian G., Ingo Sch.** und **Ralph Andreas T.** zwei Monate lang mißhandelt. Die 21 bis 34 Jahre alten Männer ließen ihn weiße Handschuhe tragen, wie es bei den Sklaven in den amerikanischen Südstaaten üblich war. David C. mußte den Haushalt führen und Besuchern die Schuhe putzen. Anfang Oktober 1992 zog der Angolaner in die Wohnung in Potsdam ein, in der die drei Angeklagten im wesentlichen wohnten. Anfangs habe ein freundschaftliches Verhältnis bestanden, doch Ende Oktober sei die Stimmung plötzlich umgeschlagen. "Immer haben sie mich herumbefohlen, ich habe mich wie ein Sklave gefühlt." Einmal zwangen sie ihn dazu, sie sexuell zu befriedigen. Er konnte nicht fliehen. Die Tür sei immer abgeschlossen gewesen und um aus dem Fenster zu springen, sei es zu hoch gewesen. Warum er nicht um Hilfe gerufen habe? "Wenn die Nachbarn einen Schwarzen rufen hören, dann rufen sie doch nicht die Polizei." Am Heiligabend fuhren die drei mit ihrem Opfer zu einem Bungalow in Wickersdorf, dort gelang ihm die Flucht. Er ging zur Polizei. Die drei sind wegen Freiheitsberaubung, sexueller Nötigung und Körperverletzung angeklagt worden. Während Ingo Sch. und Christian G. Geständnisse ablegten, leugnete Andreas T. die Tat. Er erhängte sich am Sonntag, den 6.11.94 in seiner Wohnung, teilte der Vorsitzende der 2. Strafkammer am Potsdamer Landgericht, Klaus Przybilla, mit. Die Ladenbesitzerin neben dem Haus in der Potsdamer Zeppelinstraße, die bezeugen sollte, daß C. sich hier in Potsdam frei bewegen konnte, bestätigte zwar, daß der Angolaner öfter allein zum Einkaufen gekommen war, war sich aber in Bezug auf den Zeitraum nicht sicher. Die beiden anderen Zeugen gaben am 7.11. an, R. Andreas T. habe sie dazu aufgefordert, zu bezeugen, daß C. sich habe frei bewegen können. Ein Angeklagter wurde zu vier Jahren Knast verurteilt, der andere kam auf Bewährung raus.

Naziaufmarsch verboten

(BeZe 8.11.94)

Der Oranienburger Polizeipräsident Peter Kirmße verbot einen geplanten Aufmarsch der rechtsextremistischen Partei ***Die Nationalen***, der am 9. November, dem Gedenktag der Opfer der Pogromnacht, vor der Mahn- und Gedenkstätte Sachsenhausen stattfinden sollte. Das Verbot wurde ausgesprochen, da die "Nationalen" öffentlich ihre Sicht auf die deutsche Geschichte darstellen wollten, ihnen aber diese Gelegenheit nicht gegeben werden sollte.

Nazi-Treffen in Guben aufgelöst

(ND 7.11.94)

Am Samstag, den 5. November fand im Bereich Guben (brandenburgischer Kreis Spree-Neiße) eine Versammlung von rund 30 Rechtsextremisten statt der Partei ***Die Nationalen*** statt. An der Veranstaltung nahmen auch Mitglieder der ***FAP*** teil. Die Polizei löste das Treffen auf.

Demo gegen "Junge Freiheit" in Potsdam

(eigener Bericht)

Am 29.10.94 fand in Potsdam eine von ***"Jugend gegen Rassismus in Europa" (JRE)*** organisierte Demo gegen die faschistische Zeitung *"Junge Freiheit"* statt. Ziel war es vor allem, die Öffentlichkeit über die Zeitung zu informieren und die Verbindungen zwischen Rechtsaußen und der bürgerlichen Mitte durch die JF bekanntzumachen. Etwa 1000 Menschen, vor allem junge Leute aus dem Antifaspektrum, beteiligten sich an der Demo. Während der Demo gab es immer wieder Auseinandersetzungen mit JRE-Ordnern, die öfters mal versuchten, Leuten die Tücher vom Gesicht zu entfernen. Das eigentliche Ziel, das Redaktionsgebäude der JF in der Amtsstraße 5 zu erreichen, wurde nicht erreicht, denn aus "Sicherheitsgründen" ließ die Polizei nur zu, ein paar Straßen von dem Redaktionsgebäude entfernt, eine Abschlußkundgebung durchzuführen. Von den Veranstaltern wurde dann die Demo als beendet erklärt, doch etwa 200-300 Jugendliche wollten noch weiter zum Redaktionsgebäude. Die Polizei hatte alles bereits abgeriegelt und verhinderte den Durchbruchsversuch. Es kam zu Auseinandersetzungen, in deren Verlauf ein paar Streifenwagen mit Steinen beworfen und demoliert wurden, dabei wurden mehrere Polizisten verletzt. Die Jugendlichen zogen sich dann zurück und errichteten Barrikaden, nachrückende Polizisten wurden ebenfalls mit Steinen beworfen. Nach einiger Zeit gelang es der Polizei unter Knüppel- und CS-Gaseinsatz mehrere Leute festzunehmen und die Lage unter Kontrolle zu bringen. Insgesamt gab es 24 Festnahmen. Später stellte sich heraus, daß ein Fotograf der JF während der Demo Fotos machte, wovon eins in der JF abgedruckt wurde. Dennoch war die Demo ein kleiner Erfolg, in der Tagespresse wurde über die Junge Freiheit und ihre Bedeutung in der rechten Szene teilweise sehr kritisch berichtet.

Rechtsradikale randalierten

(BeZe Oktober 94)

In einer Tanzgaststätte in Premnitz haben in der Nacht zum 29.10.94 zwölf Jugendliche aus der rechten Szene Naziparolen gegrölt und randaliert. Auf dem Weg dorthin sollen sie schon Zäune demoliert und Fahrräder beschädigt haben. Als die Polizei kam, riefen die Rechtsradikalen Parolen. Bei der Festnahme von sieben 17 bis 20-jährigen Männern wurde rechtsextremistisches Propagandamaterial gefunden.

KZ-Gedenkstätte geschändet

(BZ 17./18.10.94, Nov. 94)

Am 16. Oktober wurden in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen zwei Bilder einer Dauerausstellung mit Hakenkreuzen beschmiert. Kurz danach gab es mehrere Nazi-Schmierereien im Besucherbuch, die ebenfalls von "Unbekannten" stammen.

Ghaner aus S-Bahn geworfen

(OZ 8.10.94 u.a. Presseberichte)

Ein 25jährige Flüchtling aus Ghana gab an, am 16. September '94 bei einem Überfall am Berliner Stadtrand (Hohen Neuendorf, Kreis Oberhavel) in der S-Bahn überfallen und dann aus dem Waggon geworfen worden zu sein. Dabei wurde er lebensgefährlich verletzt, u.a. erlitt er einen Schädelbasisbruch, ein Unterschenkel wurde von einem entgegenkommenden Zug abgefahren. Der Mann lag anscheinend neun Stunden lang auf den Gleisen. Unklar ist noch ob und wieviel Zeugen im

sen. Unklar ist noch ob und wieviel Zeugen im Abteil befanden.
Gegen vier Rechtsradikale war Haftbefehl erlassen worden, einige Tage später wurden drei von ihnen jedoch wieder freigelassen. Die Staatsanwaltschaft wirft ihnen versuchten gemeinschaftlichen Mord vor.
Allerdings verwickelte sich der Afrikaner Ende November in immer mehr Widersprüche, so daß Zweifel an seiner Version aufkamen. Selbst sein Rechtsanwalr legte das Mandat nieder.

Fünf Brandstifter vor Gericht

(OZ, JW 25.10.94)

Am Landgericht Neubrandenburg begann am Freitag, dem 28. Oktober die Neuverhandlung gegen fünf Angeklagte, die im August 1992 an einem Brandanschlag gegen ein Neubrandenburger Ausländerwohnheim beteiligt waren. Die Urteile vom 8.März 1993 gegen insgesamt neun Jugendliche sind in fünf Fällen vom Bundesgerichtshof aufgehoben worden.

Friedhof geschändet

(JW 22.10.94)

Auf dem Waldfriedhof von Luckenwalde im Teltow-Fläming-Kreis sind 13 Grabsteine für sowjetische Kriegsgefallene umgestoßen worden.

Neonazis aus Buckow festgenommen

(ND 28.10.94)

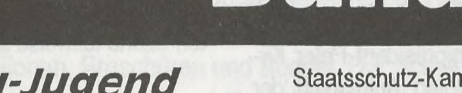
An Donnerstag, den 27.10.94 wurden in Buckow vier Männer zwischen 17 und 22 Jahren festgenommen, nachdem sie Nazi-Lieder gesungen hatten. Bei ihnen fand man rechtsextremes Propagandamaterial und Zeitschriften. In ihren Wohnungen konnte weiteres Beweismaterial sichergesetellt werden.

An KZ erinnert

(ND/10.10.94)

Am Sonntag dem 9. Oktober haben mehrere hundert Menschen an die 27 toten Widerstandskämpfer gedacht, die vor 50 Jahren im KZ-Sachsenhausen getötet wurden. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde die in unmittelbarer Nähe der Gedenkstätte liegende Flurstraße in die "Arnd-Bergeron-Straße" umbenannt, **Bergeron** war einer der oben genannten Widerstandskämpfer. Die Umbenennung erfolgte auf Wunsch der Stadtabgeordneten.

Bundesweit



Wiking-Jugend verboten

(Spiegel 14.11.94 und div. Medien)

Am Donnerstag, den 10. November verbot der Innenminister Kanther die **Wiking-Jugend**, weil sie eine nationalsozialistische Organisation ist. 42 Jahre nach ihrer Gründung merkte die Bundesregierung, daß die WJ das bürgerlich-demokratische System zerstören will. Bei Hausdurchsuchungen in zehn Bundesländern fand die Polizei kaum nennenswertes Material. Zum Beispiel der Briefverkehr der letzten Monate war nicht auffindbar. Es sah so aus, als ob die WJ-Führung vorher bescheid wußte. Auch beim WJ-Bundesführer **Wolfram Nahrath** in der Prinz-Eugen-Str. 23 in Berlin-Wedding gab es eine mehrstündige Hausdurchsuchung. Unter anderem wurden auch die Konten der Organisation beschlagnahmt.
Im Nachhinein behauptete das Innenministerium in Bonn, daß die WJ nur 400 Mitglieder hätte, die fast ausschließlich schon erwachsen seien!

Schönborn festgenommen

(Polizei-Mitteilung)

Am 21. November '94 gegen 14.15 Uhr nahmen Beamte der Bielefelder Polizei **Meinolf Schönborn** (39), den früheren Bundesvorsitzenden der ***Nationalistischen Front***, vor der Wohnung seiner Eltern in Gütersloh fest. Gegen ihn bestand ein Haftbefehl des Landgerichts Dortmund wegen "des dringenden Tatverdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung". Auslöser für den Antrag der Staatsanwaltschaft Dortmund eines Haftbefehls ist die im Juli 1994 erhobene Anklage vor der Staatsschutz-Kammer des Landgerichts Dortmund wegen dieses Tatbestandes. Besonders erschwerend wirkte sich in diesem Zusammenhang die Ankündigung Schönborns aus, seine politischen Aktivitäten von Dänemark aus fortsetzen zuu wollen.

Nichts gegen Ingo Hasselbach

(taz 21.10.94 und AJI 13)

Der "frühere" Neonazi **Ingo Hasselbach** kann aufatmen. Das Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft wegen Gründung und Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gegen den früheren Anführer der ***Sozialrevolutionären Nationalisten (SrN)*** und elf weiteren mutmaßlichen Mitgliedern der Organisation wird eingestellt. Hintergrund der Ermittlungen war ein Brandanschlag auf einen linken Treffpunkt im Oktober 1992 in Berlin-Lichtenberg. Daß Hasselbach aber wirklich ein "Aussteiger" ist wird von vielen angezweifelt. Was hauptsächlich mit seinem Nichtverhalten zu seiner Mitgliedschaft bei der Gruppe ***Werwolf*** zu tun hat. Die Werwölfe existieren seit Anfang der Neunzigern und sind eine militante, verdeckt arbeitende Organisation. Die Mitglieder arbeiten in der Anonymität und so ist es kein Wunder, daß Hasselbach immer wieder bei Gesprächen mit Antifas das Thema abblockt. Grund für die Anklage war unter anderen sein Buch "Die Abrechnung", welches unterdessen in 12 Sprachen übersetzt worden ist und mit dem er eine Unmenge von Geld scheffelt. Inhaltlich steht in dem Buch nichts, was nicht schon von Antifas veröffentlicht worden wurde - also nichts Neues, Oder einfach falsche Informationen (z.B. daß die "Antifa Jugendfront" Brandanschläge verüben würde). Zur Zeit tourt Hasselbach von Talkshow zu Talkshow und reist durch die Gegend. So z.B. mit den Buchautor **Burkhard Schröder**, bei dem Hasselbach in Kreuzberg gewohnt hat. Schröder stellt die "Werwolf-Einheit" als Attrappe der Linken dar und sagt die ***NSDAP/AO*** wär eine unwichtige und schlecht organisierte Organisation. Man sollte mit Schröder aufpassen da er Hasselbach alle Türen öffnet.

Antifa-Adressen

In der nächsten Ausgabe der "Was geht ab" wollen wir eine Adressenliste von antifaschistischen Gruppen veröffentlichen. Dabei handelt es sich um Anschriften, die bereits veröffentlicht sind. Sie werden nach Regionen geordnet sein. Derzeit haben wir bereits etwa 300 Adressen, sind uns aber sicher, daß diese Liste nicht nicht vollständig ist. Deshalb würden wir uns über die Zusendung weiterer Anschriften bis zum **20. Dezember '94** freuen!. Alle Gruppen, die diese Nummer 1 unserer Zeitung bereits zugeschickt bekommen haben, sind aber schon in unserem Verteiler und brauchen uns deshalb nicht anzuschreiben.

Beschluß unwirksam

(taz 14.10.94)

Die Entmachtung von **Franz Schönhuber** durch den Bundesvorstand der ***Republikaner*** ist vorerst unwirksam. Schönhuber setzte sich am 13. Oktober im Eilverfahren vor dem Berliner Landgericht gegen einen Vorstandsbeschluß vom 1.10.94 durch. Zur Begründung der einstweiligen Verfügung hieß es, nicht der Vorstand, sondern nur die Mitgliederversammlung könne eine derartige Entscheidung treffen.

Fahrverbot

(Spiegel 10.10.94)

Per Rundschreiben verbietet der Autovermieter SIXT allen MitarbeiterInnen, an Schwarze in Verbindung mit den Paßpapieren des Heimatlandes Fahrzeuge zu vermieten. Dieses Verbot gilt für alle Fahrzeugtypen. Als Grund für diese Diskriminierung behauptet die Sixt-Zentrale, daß Fahrzeuge "durch betrügerische Anmietung durch Schwarzafrikaner" verloren gegangen seien.

Sieben Morde

(JW 20.10.94)

1993 sind insgesamt mindestens sieben Menschen durch rechtsextremistische Gewalt getötet worden sein. Der Brandanschlag von Solingen forderte fünf Todesopfer, in Hoyerswerda starb im Februar '93 Mike Zerna, der Fahrer einer Musikgruppe und ein 56jähriger Türke starb im März '93 bei einer Scheinhinrichtung.

Tod in der Neiße

(AJI 13; Taz, BeZe 1.11.94)

Mindestens 16 Flüchtlinge sind vom März bis September dieses Jahres bei der Flucht nach Deutschland an der polnisch-deutschen Grenze ums Leben gekommen. Davon starben sechs tamilische und pakistanische Flüchtlinge allein in einer einzigen Nacht. Der Bundesgrenzschutz versuchte wochenlang vergeblich, diese Toten zu verheimlichen. Erst die unermüdliche Ermittlungsarbeit der ***Antirassistischen Initiative Berlin (ARI)*** brachte diesen Skandal ans Licht, der aber auch jetzt - mehr als zwei Monate später - noch immer kein Thema in der Öffentlichkeit ist. Durch die immer bessere Überwachung der Grenzen durch den BGS (und angeworbene BürgerInnen als Spitzel...) sind die Flüchtlinge gezwungen, an immer unzugänglicheren Stellen die Neiße oder die Oder zu überqueren, was viele aber nicht schaffen. Einer der ertrunkenen Tamilen ist kurz vorher schon einmal diesen Weg gegangen, wurde allerdings vom BGS (Bundesgrenzschutz) aufgegriffen und nach Polen abgeschoben. Da es für ihn - wie für die anderen - keinen Weg zurück in die Heimat gibt, mußte er es ein zweites Mal versuchen. Nach Aussagen einer polnischen Grenzbeamten kommt es öfter mal vor, daß Leichen angeschwemmt werden.

Der BGS darf seit dem 1. November noch 30 km hinter der Grenze Personen kontrollieren, "vermutete Schleuserwohnungen" unter weniger Formalitäten als bisher betreten und Demonstranten bis zu vier Tage in Gewahrsam nehmen. Außerdem wird der BGS bis 1996 auf 29.000 Beamte aufgestockt.

Tod bei Abschiebung

(taz 27.10.94)

Nach Angaben der Bundesregierung sind seit Oktober 1990 insgesamt 15 AusländerInnen in Polizeigewahrsam gestorben. Diese Antwort erhielt die PDS-Fraktion auf eine Anfrage. Wie die Bundestags-Pressestelle mitteilte, handelt es sich "in den überwiegenden Fällen" angeblich um Selbstmorde.

Die Opfer des Asylrechts

(taz 11.10.94)

Fünf bekanntgewordene Selbstmorde, fünf Gefängnisrevolten, Hungerstreiks in Berlin und Coesfeld, Zellenbrände und Selbstverstümmelungen: das ist die Abschiebehaftbilanz von Pro- Asyl. Ein Grund dafür sind die zum Teil menschenunwürdigen Haftbedingungen, die schlechter sind als für jeden anderen normalen Strafgefangenen. Die meisten Abschiebeknäste sind "reaktivierte" Hafthäuser, welche dichtgemacht wurden, weil sie für den normalen Strafvollzug nicht mehr geeignet waren. Jetzt sitzen dort monatelang Flüchtlinge in überfüllten Zellen und warten auf ihre Abschiebung. Nach dem neuen Asylrecht werden abgelehnte Flüchtlinge inhaftiert, wenn die angebliche Gefahr des Untertauchens besteht. "Manchmal reicht es aber schon, wenn ein Flüchtling sagt, daß er nicht zurück in sein Heimatland will", so Pro-Asyl .

Bela Althans vor Gericht

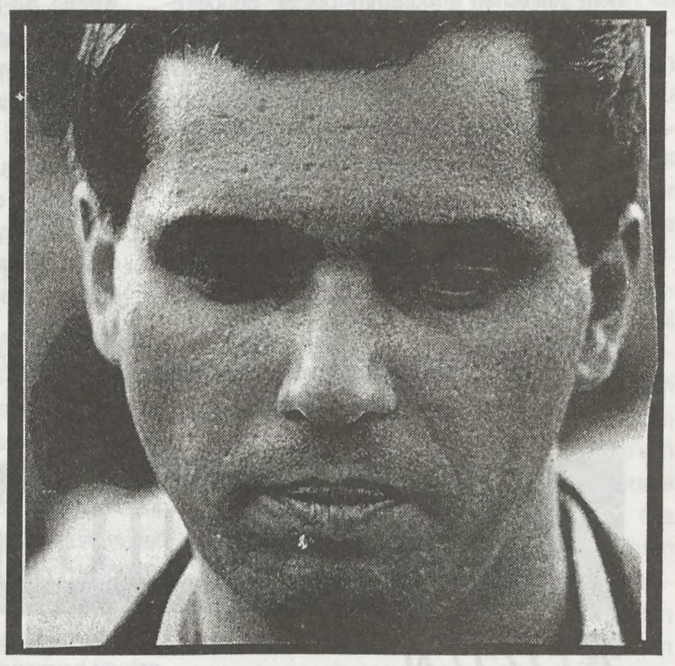
(ND 20.10.94; div. 29.10-11.11.94)

Neonazi **Bela Althans** ist am 8.11.94 wegen Verbreitung der Ausschwitz-Lüge in dem Film "Beruf Neonazi" verhaftet worden. Grundlage dafür war ein Haftbefehl des Berliner Landgerichts (wegen Fluchtgefahr). Die Festnahme erfolgte in München, wo er sich vom 7. November an wegen Aufstachelung zum Rassenhass, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und Verbreitung von Propagandamaterial verfassungsfeindlicher Organisationen und Urheberrechtsverletzung verantworten muß. Bei Althans waren Raubkopien antisemitischer Filme aus der Nazi-Zeit gefunden worden. Der Film "Beruf Neonazi" darf nach einer Entscheidung des Berliner Landgerichts vorerst nicht mehr in unkommentierter Form gezeigt werden.

Prozeß gegen Worch

(div. Presse 8.10.94)

Am Montag, dem 10.10.94, begann vor der Staatsschutzkammer des Frankfurter (Main) Landgerichtes der Prozeß gegen **Christian Worch** aus der ***Nationalen Liste Hamburg.*** Der Naziführer Worch muß sich dafür verantworten, die seit 1986 verbotene Organisation ***"Aktionsgmeinschaft Nationaler Sozialisten-Nationale Aktivisten" (ANS-NA)*** des inzwischen vestorbene **Michael Kühnen** unter dem Namen ***"Gesinnungsgmeinschaft der Neuen Front" (GdNF)*** weitergeführt zuhaben. Der 38jährige Notargehilfe soll der Anklage zufolge die Organsation schon in den frühen 80er Jahren stellvertretend geführt haben, als Kühnen eine vierjährige Haftstrafe verbüßte. Später soll Worch die Gruppe dann unter neuen Namen mit den gleichen Personen weitergeführt haben.



Klage gegen Deckert

(div.10.-23.10.94)

Der Vorsitzende der rechtsextremen Partei ***NPD*, Günter Deckert**; ist in Frankfurt/Main erneut wegen Volksverhetzung angeklagt worden. Deckert schickte im Mai 1994 einen als offenen Brief bezeichnetes Schreiben an das Frankfurter Präsidiumsmitglied im Zentralrat der Juden, Friedmann. In diesem Brief schreibt Deckert unter anderem, "das Land der Juden ist schon seit Jahrzehnten Israel und nicht Deutschland! Was suchen sie also noch hier in unserem Land...! Diese Äußerungen erfüllten den Tatbestand der Volksverhetzung. Deckert war bereits im Juni 1994 wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß zu einem Jahr Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt worden. Die Rich-

ter, welche Deckert in seinen letzten Prozeß als eine "charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit" bezeichneten. Sind nach vorübergehenden Krankschreibung wieder auf ihren Posten zurückgekehrt. Sie werden möglicherweise über einen schweizer Autoren verhandeln, der in seinen Werken den Holocaust leugnet.

Ächtung statt Gesetze

(JW 14.10.94)

Beamte der europäischen Justizministerien sind am 13. Oktober in Bonn zusammengekommen, um über Kooperations-Möglichkeiten im Kampf gegen Rechtsextremisten zu beraten. Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) wandte sich gegen eine Gesetzesverschärfung, vielmehr müße ein "Klima der gesellschaftlichen Ächtung nationalistischer Strömungen erzeugt werden".

Zensur bei SAT.1

(AN 20.10.94)

SAT 1 hat den Vertrag mit Kanal 4, der mit seinem kritischen Programm bisher Sendefrequenzen von SAT.1 nutzen konnten, fristlos gekündigt. Anlaß ist ein Beitrag über "Antifascist Genclik", der Angeblich eine grobe Beschimpfung der BRD beeinhaltet, außerdem werde Gewalt als etwas zu billigendes dargestellt.

Prozeß gegen Leuchter geplatzt

(Aufbruch 10/94)

Der für den 14. bis 16. September angesetzt Prozeß vor dem Mannheimer Landgricht gegen den den US-amerikanischen Revesionisten **Fred Leuchter** ist geplatzt. Der Vorsitzender Richter, Manfred John, ließ im vergangenen Jahr Leuchter gegen eine Kaution von 20 000 DM frei. Damals war Leuchter wegen der Leugnung des millionenfachen Nazi-Mordes angeklagt.

HIAG beim "Verband deutscher Soldaten"

(AN 20.10.94)

Nach der Auflösung des Bundesverbandes der ***HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen SS-Angehörigen)*** ist im Juli die HIAG-Kameradschaft Bruchsaal im Beisein der VdS-Landes- und Bezirksvorsitzenden kooperatives Mitglied des ***Verband deutscher Soldaten (Vds)*** geworden.

Lutheraner für Kirchenasyl

(JW 17.10.94)

Die **Vereinigte Evangelische-Lutherische Kirche (VELKD)** hat am 15./16.10.94 zum Auftakt ihrer 8. Generalsynode in Schweinfurt das Kirchenasyl für Asylbewerber verteidigt. Der Leitende Bischof der VELKD, erklärte, es gehe dabei nicht um Widerstand gegen die Rechtsordnung, sondern um einen Beistand für Bedrängte, der Christenpflicht sei. Wer bei der Hilfe für AsylbewerberInnen rechtswidrig handele, indem er etwas AusländerInnen verstecke, müsse aber persönlich die Verantwortung tragen. Die VELKD vertritt 11,3 Millionen Menschen in 7.330 Gemeinden.

Bubis gegen BRD - Praxis

(taz 4.10.94)

Scharfe Kritik an der Abschiebepraxis in der BRD hat der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Ignaz Bubis**, geäußert. Es dürfe nicht länger zugelassen werden, daß sich Menschen aufgrund schlechter Haftbedingungen in Abschiebegewahrsam das Leben nehmen, erklärte er Sonnabend, den 3 Oktober.

100.000 für Pro Asyl

(taz / 11.10.94)

Etwa 100.000 Menschen haben nach Angaben der Arbeitsgemeinschaft ***"Pro Asyl"*** einen Aufruf "Nein zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus" unterzeichnet. Dazu gehörten der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, **Bubis**, der Präsident des Deutschen Fußballbundes, **Braun**, und die Hamburger evangelische Bischöfin **Jepsen**, so Pro Asyl.

Bischof zur "Nationalen Frage"

(NE 10/94)

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Karl Lehmann**, hat in einem Grußwort zum 44. internationalen Kongreß "Kirche in Not" die Deutschen aufgerufen "in unbefangener Weise ein vertieftes nationales Bewußtsein wachsen zu lassen". Dieses müsse Verantwortung für die eigene Geschichte übernehmen. Er fand es "natürlich legitim" wenn die Staaten in Mittel- und Osteuropa bei ihrer Suche nach neuer nationaler Identität auch auf ihre religiöse und konfessionelle Vergangenheit zurückgriffen.

International

Belgien

Rechtsruck in Belgien

(taz,JW,AN 10./11.10.94)

Bei den Kommunalwahlen in Belgien haben faschistische Parteien ihre bisherigen Wahlerfolge übertreffen können. In Antwerpen wurde der bereits im Europa-Parlament vertretene ***Vlaams Block*** mit 28% zur stärksten Partei. In der Hauptstadt Brüssel erhielt die "Nationale Front" in einzelnen Stadtteilen zwischen 6 und 16% der Stimmen. Außerdem ist die faschistische Partei ***Agir*** angetreten, die drei Parteien hatten bei dieser Wahl wesentlich mehr Kandidaten als 1988 aufgestellt.

Zurückgetreten

(JW 15.10.94)

Zurückgetreten ist ein belgisches Gemeinderatsmitglied von Brüssel, fünf Tage nach seiner Wahl. Es wurde im belgischen Fernsehen ein Video gezeigt, in dem der Neo-Nazi **Daniel Leskens** auf jüdische Gräber pinkelt. Das Mitglied der faschistischen ***Nationalen Front*** wurde auf einem Treffen der ehemaligen Waffen-SS in einem nicht näher bezeichneten Ort in Deutschland dabei gefilmt.

Italien

Krise in Italiens Rechtskoalition

(OZ 26.10.94)

Umberto Bossi, Chef der italienischen ***Lega Nord***, hat damit gedroht, daß er die Koalition von Ministerpräsident **Silvio Berlusconi** verlassen könnte. Dies könne geschehen, sollte die Regierung Italiens nicht auf den Weg des Föderalismus führen würde, sagte Bossi. Die Lega Nord tritt für ein dreigeteiltes förderalistisches Italien ein.

3.000 Faschisten gedenken Mussolini

(taz 1.11.94)

Im Geburtsort von **Benito Mussolini**, Predappio, haben sich am 30. Oktober bis zu 3.000 Alt - und Neofaschisten getroffen, um den Jahrestag des Marsches zu Rom 1922, zu gedenken.

Gedenkkungebung für deportierte Juden

(taz 17.10.94)

Rund 5.000 Juden und Katholiken haben am 16. Oktober gemeinsam zum Gedenken an 1000 deportierte Juden in Italien demonstriert. Nur 16 der 1000 verschleppten Juden überlebten die Deportation vor 51 Jahren.

ÖSTERREICH

Elf Jahre Haft für Küssel

(BeZe/JW 21.10.94, taz 20.10.94 u.a.)

Am Mittwoch, dem 19.10.94, ist **Gotfried Küssel,** Führer der faschistischen ***Volkstreuen Außerparlamentarischen Opposition (VAPO),*** zu elf Jahren Haft verurteilt worden - ein Jahr mehr als bei seinem ersten Prozeß im September 1993. Die Anklage ist auf den Tatbestand des versuchten Mordes erweitert worden, nachdem in Küssels Zelle codierte Disketten, und bei anderen Vapo-Gefangenen Skizzen, Schallplatten, Zeichnungen und Schaltpläne gefunden wurden, die für Briefbomben geeignet schienen. Beachtenswert ist, daß nachdem Küssel zu 10 Jahren Haft verurteilt wurde auch 10 Briefbomben auftauchten. Nachdem Küssels "Mitkämpfer", **Günter Reintaler,** zu vier Jahren Freiheitsentzug verurteilt wurde folgten vier Briefbomben. Die eigentliche Anklage gegen Küssel lautet aber auf nationalsozialistische Wiedebetätigkeit. Küssel hat eine "getarnte NSDAP-Nachfogeorganisation" gegründet, die Vapo. Er führte diese bis zu seiner Festnahme 1993 und sprach sogar vor Fernsehkameras selbst davon, daß er Mitglied der ***NSDAP-AO*** (AO=Ausland- u. Aufbauorganisation) sei. Schuldig im Sinne der Anklage ist Küssel außedem noch wegen faschistischen Umsturzplänen. Grund dafür ist schon lange baschlagnahmtes und eingelagertes Videomaterial, in dem sich Vapo-Aktivisten faschistischen Umsturzplänen rühmen. So wurden gleich vier weiterer österreichische Rechtsextremisten um den Kameradschaftsführer **Hans-Jörg Schimanek** junior, die als Zeugen geladen waren, noch im Gerichtssaal wegen Falschaussage verhaftet. Sie hatten behauptet, daß eine Feier am 20.April (von der Video-Aufnahme stammend) zum "Führergeburtstag", jediglich eine Party zu Ehren einer Kameradin sei. Erweitert wurde die Anklage noch auf Anstiftung zu Mord, da er die Versendung einer Briefbomen an **Ingo Hasselbach** in Auftrag gegeben haben soll.

Wieder Briefbomben in Österreich

(JW/ND/taz 13.10.94)

Wenige Tage vor den Parlamentswahlen in Österreich sind drei Briefbombenanschläge von Rechtsradikalen gescheitert. Sie waren gegen eine Ausländerbehörde in Vorarlberg, eine Papierfabrik in Salzburg, bei der vor allem Ausländer/innen beschäftigt waren und einen Verlag in Klagenfurt, in dem slowenische Bücher herausgegeben werden, gerichtet. Eine weitere Bombe erreichte den Verleger auf der Buchmesse in Frankfurt, auch sie konnte rechtzeitig entschärft werden. Die Bomben wurden alle in der Nähe der deutschen Grenze aufgegeben. Von der Konstruktion her hatten die Bomben ziemlich große Ähnlichkeit mit denen, die bereits im Dezember '93 verschickt wurden, Opfer war damals auch der Wiener Bürgermeister. Inzwischen steht fest, daß der Sprengstoff der beiden Briefbombenserien identisch ist mit dem, der bei zwei anderen Anschlägen verwendet wurde: am 28. Juni ' 94, dem 60. Jahrestag der Einführung der "nationalsozialistischen Rechtsordnung" detonierte eine Bombe im Grazer Landgericht und am 28. August '94 sollte es zu einer Explosion vor der einzigen Volksschule Klagenfurts, in der slowenisch unterrichtet wird, kommen.

Obwohl der Neonazi Walter Ochsenberger seit dem 28. August in Graz einsitzt, versuchte das Innenministerium immer wieder, die Tat als unpolitisch darzustellen und suchte die Täter im Rotlichtmilieu. Aber die Adressaten der letzten Briefbombenserie und ein Bekennerschreiben der "Bajuwarischen Befreiungsfront" erhärteten auch beim Innenministerium den Verdacht eines rechtsradikalen Hintergrunds. Daraufhin eingeleitete Durchsuchungen bei bekannten Nazi-Sympathisanten führten zu einer Beschlagnahmung von Dokumenten, die im Zusammenhang mit den Briefbombenanschlägen standen. Bei 26 rechtsextremistischen Gefangenen wurde in den Zellen weiteres Material gefunden.

Protest gegen Burschenschaften

(allgemeine Presse, 22.10.)

Am 22. Oktober. fand ein von der ***Deutschen Burschenschaft***, den Innsbrucker Burschenschaften ***Brixia*** und ***Suevia*** sowie dem ***Wiener Korporations-Ring*** organisiertes Treffen des ***Gesamt-Tiroler Freiheitskommers*** in Innsbruck statt. 13 Verbände von Burschenschaften und schlagenden Verbindungen, von denen fast alle der rechtsradikalen Szene zugeordnet werden, trafen sich unter dem Motto "Wir Tiroler fordern Landeseinheit - Europa im Umbruch - Kommers mit Schützen, Turnern und Studenten", um über die Zukunft Tirols zu reden. Die Schaffung eines einheitlichen, deutschen Tirols bis Salurn ist ihr Ziel, die Revision der Grenzziehung zwischen Österreich und Italien nach 1918 wird offen gefordert. Man ist sich zwar noch nicht ganz einig über den Grad der zukünftigen Unabhängigkeit - die Schützenverbände träumen mehr von einem eigenständigen Tirol, die Deutschnationalen träumen mehr von der Heim-ins-Reich-Philosophie - aber in den rechsradikalen Ansichten ist man sich gleich. Verantwortlich für den "Freiheitskommers" war unter anderem **Franz Watschinger** von der "Brixia", er schreibt auch für die ***Junge Freiheit*** und für den Österreichischen ***AULA-Verlag***, der den ***FPÖ***-nahen ***Freiheitlichen Akademikerverbänden*** gehört. Der Mitveranstalter "Wiener Korporations-Ring" fiel mit seinem ehemaligen Vorsitzenden **Franz Radl** bereits im Dezember letzten Jahres bei einer Briefbombenserie auf, Radl war einer der Hauptverdächtigen. Ein Redner war der FPÖ-Generalsekretär **Walter Meischberger**, der Innsbrucker ***ÖVP***-Bürgermeister **Herwig van Staa** schickte eine Grußbotschaft an den Kommers. Und der als Völkerrechtsexperte tätige UNO-Mitarbeiter und Präsident des Soldatenverbandes ***Österreichischer Kameradschaftsbund*** **Felix Ermacora**, welcher früher im österreichischen Nationalrat saß und offen von einem Anschluß Sloweniens an Österreich spricht, beteiligte sich an der Veranstaltung. Auch Mitglieder des Freiheitlichen Akademikerverbandes waren vor Ort. Während 1984 nach dieser Veranstaltung von den schlagenden Verbindungen ein "Farbenbummel", ein Aufmarsch in den ganzen Uniformen, stattfand, konnte sowas dieses Jahr verhindert werden, denn rund 3500 Leute hatten sich zu einer Gegendemo unter dem Motto "Kampf dem nationalen Schulterschluß" versammelt. Trotz massiven Polizeiaufgebots konnte nicht für die Sicherheit der Farbenbummler garantiert werden. Der Innsbrucker Bevölkerung wurde empfohlen, an diesem Tage ihre Wohnungen nicht zu verlassen, ganze Sondereisatzkommandos aus Wien operierten an diesem Tag, um die Tagung zu sichern. Die Grenzen zu Deutschland und Italien wurden abgeriegelt, über 200 Antifas aus Deutschland wurden bereits in der Nacht zuvor an der Einreise nach Österreich gehindert. Die Demo selbst verlief dann trotz aller Polizeivorkehrungen ohne Zwischenfälle, die Kundgebung, die vor dem Kongreßzentrum geplant war, wurde jedoch abgesagt, da die Kesselabsichten von der Polizei doch zu offensichtlich waren. Nach der Demo gab es von den Grünen eine Podiumsdisskusion, zu der auch Leute von der "Brixia" eingeladen waren, davor wurde noch der Film "Beruf Neonazi" gezeigt. Die Demo wurde eh vor allem aus dem Spektrum der Grünen und der Sozialdemokraten organisiert. Was der sogenannten "amtsbekannten linken Anarchoszene" also nicht gegeben wurde war die Möglichkeit selbst aktiv zu werden, Akzente zu setzen, den genau vorgeplante Ablaufen auch nur irgendwie zu stören, aus dem bürgerlichen Konzept auszubrechen und eigene Aktionsformen umzusetzen und vieleicht andere Inhalte zu vermitteln . An diesem Tag wäre mehr möglich gewesen, da genug Leute vor waren die bereit waren, etwas zu tun.

Der Tod von Harald Hanisch

(Tatblatt, Wien)

Kurz nach dem Freiheitskommers wurde der Tod eines Jungen bekannt, 17 Jahre alt und bekannter Antifaschist. Harald Hanisch starb kurz vor der Innsbrucker Großaktion und sein Tod gibt bis heute Rätsel auf.

Harald war Gymnasiast, Mitglied der "Aktion kritischer Schüler" und bei sei-

"Aktion kritischer Schüler" und bei seinen rechten MitschülerInnen nur sehr begrenzt beliebt. In einem Land das immer mehr nach rechts driftet geht die Jugend nicht unbedingt einen anderen Kurs. Und so wurde er, der sich öffentlich als Antifaschist bekannte, natürlich auch oft bedroht. Und auch für Außenstehende war er leicht als Linker erkennbar: Lange Haare, Palästinensertuch, Lederjacke. Am 20. Oktober machte sich Harald auf den Weg nach Innsbruck, das war das letzte Lebenszeichen vom ihm. Einige Stunden später war er tot.

Einen Tag vor der Demonstration lag der regungslose Körper des Jungen auf den Gleisen der Eisenbahn nahe Innsbruck. Der Lokführer konnten nicht mehr rechtzeitig bremsen und überfuhr Harald, dessen Leib dabei in mehrere Stücke gerissen wurde. Wenn Harald bis zu diesem Zeitpunkt noch gelebt hätte, wäre er dabei gestorben.

Die sofort informierte Polizei verhielt sich auffallend zurück. Obwohl sie nicht informiert war (der Lokführer rief über Funk nur einen Rettungswagen), hatte sie bereits eine Viertelstunde später alles abgesperrt - auch für die Rot-Kreuz-Leute. Die Polizei führte keine Spurensicherung durch, obwohl die gleich benachrichtigten Eltern sofort abstritten, daß es sich um einen Selbstmord gehandelt haben könnte. Eine Meinung, die auch Haralds Freunde vertreten. Noch 30 Stunden nach seinem Tod fand man an der Stelle Gegenstände, die Harald gehört hatten - so "genau" hatte die Polizei gesucht. Und auch im Nachhinein gab es keine richtige Obduktion des Leichnams, mit der man hätte feststellen können, ob Harald zum Zeitpunkt, als er überfahren wurde, noch lebte oder schon tot war. Die Eltern hatten es nicht geschafft, die ermittelnden Behörden zu einer solchen Objuktion zu bewegen.

Einige Stunden nach dem Tod von Harald klingelte bei der Fahrdienstleitung des Innsbrucker Bahnhofs das Telefon. Ein Unbekannter wollte wissen, wer der Lokführer gewesen sei, der Haralds Körper überfahren hatte. Er gab zwar keinen Namen, aber eine Telefonnummer an, die später als die der Burschenschaft Brixia identifiziert wurde: Genau der Vereinigung, die den Rechtsextremisten-Aufmarsch organisiert hatte und aus deren Reihen in den letzten 30 Jahren diverse Mörder und Bombenleger kamen.

Harald Hanisch wäre nicht das erste Opfer rechtsextremer Gewalt in Innsbruck in diesem Jahr: Bereits im Februar 1994 wurde der Obdachlose Wolfgang Tschernutter von zwei jugendlichen Nazis erschlagen. Und auch das mehr als verdächtige Verhalten der Tiroler Polizei in diesem Fall ist nichts neues, sind doch die Sympathien breiter Polizeikreise für die Faschisten jeglicher Coleur allgemein bekannt, nicht erst seit den Bombenanschlägen. Und auch in der regierenden Partei ÖVP (vergleichbar mit der deutschen CDU) halten sich die Berührungsängste mit der rechtsextremistischen Szene in Grenzen. So hatte deren Landeshauptmann (Ministerpräsident des Bundeslandes) Wendelin Weingartner gejammert, daß ihnen die Antifademo die Verbrüderung mit den Faschisten verunmöglicht hat. Zitat: "Wenn das unter uns Tirolern geblieben wäre, wäre der Kommers kein Problem". Die FreundInnen und Verwandten von Harald Hanisch schließen einen Selbstmord aus, sie sind eher der Meinung, daß hier ein Antifaschist - zufällig oder nicht - faschistischen Mördern zum Opfer gefallen ist. Die derzeitige Stimmung in Österreich läßt diese Möglichkeit auf jeden Fall zu. Was soll hier vertuscht werden? Warum weigerten sich die Behörden, den toten Körper korrekt zu untersuchen? Warum war die Polizei noch vor dem Rettungswagen da und ließ diesen dann nicht zur Unglücksstelle? Was ist den Behörden über den Vorfall wirklich bekannt?

FPÖ drittstärkste Kraft in Österreich

(div. 8.10.-22.10.94)

Bei den Österreichischen Nationalratswahlen vom 9. Oktober setzte die faschistisch-populistische Partei **Jörg Haiders** ihren Triumphzug fort. Seit 1986 gewann die ***Freiheitliche Partei Österreich - (FPÖ)*** permanent dazu und ist als drittstärkste Partei mittlerweile fest etabliert (22.46%). Die Regierungsparteien: die Sozialdemokraten (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP), mußten erhebliche Stimmverluste hinnehmen (SPÖ = 35,2%, ÖVP = 27,7%). In den 3 Bundesländern - Kärnten, Wien und Vorarlberg - ist die FPÖ schon zweitstärkste Kraft in Parlamenten, in der Kärtener Landeshauptstadt Klagenfurth, wie auch einigen weiteren Gemeinden, wurde die FPÖ zur stärksten Kraft. Haider will spätestens 1998 österreichischer Kanzler sein. Unmittelbar nach den Wahlen kündigte er an noch in der Opposition bleiben zu wollen. Er will die maroden Parteien der Mitte noch ein bißchen abwirtschaften lassen. Schon während seines Jurastudiums begann Haider mit dem Aufbau des ***Rings Freiheitlicher Jugend*** seine braune politische Laufbahn. Als späteres Mitglied der FPÖ arbeitete er ebenso zielstrebig an seinem Aufstieg in der Parteihierarchie, wie an der Rechtswendung der Freiheitlichen. 1986 gelangte Haider durch einen innerpolitischen Putsch an deren Spitzenposition. Wie stark die Verunsicherung unter den linken Intellektuellen ist, läßt sich u.a. an den zahlreichen Äußerungen ablesen, man hätte die Koffer schon gepackt, für den Fall, daß Haider in die Regierung gewählt wird. Haider schafft es jegliche Opposition unter dem Schlagwort "Systemkritik" zu vereinigen und Ursache aller politischen Probleme sei:" das geheime Zusammenspiel der westlichen Hochfinanz mit den Kommunisten sowie die jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung". Haider schafft seine angestrebte "deutsche Volksgemeinschaft", indem er es jedem recht macht und für jeden ein Wahlversprechen hat. Schiffbruch erlitt er lediglich mit seinen Volksbegehren ***Österreich zuerst***, dem nur rund 7% der Wähler zustimmten. In einem 12 Punkte Programm hatte er unter anderen "Einwanderungsstop" für Flüchtlinge gefordert. Haider tut sich besonders mit Sprüchen wie: "Im 3. Reich wurde wenigstens eine ordentliche Beschäftigungspolitik gemacht" u.ä. als Faschist hervor. Haider ist Vorbild der deutschen Nazis, ihr strategisches Konzept lautet seit 1950 an, daß zuerst die Faschisten der Nachbarländer stark werden müßen, bevor deutsche Nazis wieder eine Chance haben.

SCHWEIZ

Brandanschlag auf Flüchtlingsheim

(JW 17.10.94)

Auf das Asylbewerberzentrum und das Durchgangsheim in Bülach im Schweizer Kanton Zürich sind am 15.10.94 Brandanschläge verübt worden. Es gab keine Verletzten. Um etwa 23.00 Uhr ist ein Brandsatz auf das Flüchtlingsheim geworfen worden. Rund zwei Stunden später wurde ein gleicher Brandsatz auf das Gebäude des Durchgangszentrum für Immigranten geworfen worden.

POLEN

Polnischer Naziführer erhält Bewährungsstrafe

(TS 26.10.94)

Der Führer der polnischen Ultranationalisten, **Boleslaw Tejkowski**, ist am 25. Oktober zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht in Warschau setzte allerdings die Strafe für zwei Jahre auf Bewährung aus. Tejkowski wurde für schuldig befunden, die Staatsorgane Polens sowie jüdische Mitbürger verunglimpft zu haben. Tejkowski hat seine ultrarechtsnationale Partei **Polnische Nationale Gemeinschaft - Polnische Nationalpartei** 1990 gegründet und will 1995 bei der Präsidentenwahl gegen Lech Walesa kandidieren.

DÄNEMARK

Widerstand gegen Nazis in Dänemark

(Rebel AJI 13; taz 19.10.94)

Seit mehreren Jahren ist es bekannt, daß Dänemark als Freizone internationaler Nazis gilt. Hier wurde Nazi-Propagandamaterial gedruckt und ins Ausland verschickt. Zum Beispiel wurde das terroristische Blatt *"Einblick"* über ein Postfach in Randers verbreitet. Der Inhaber der Postbox heißt **Henrik Asferg Christensen** und gilt als "Ortsführer Ost" für die

Dansk Nationalsozialisk Bevegelse (DNSB). Südlicher, nahe der deutschen Grenze, wohnt der frühere SS-Mann und bekannte Leugner der Morde von Auschwitz, **Thies Christophersen**. Von hier aus wird tonnenweise braunes Material verbreitet, das in Deutschland verboten ist. In seinem Haus in Kollund fanden mehrere Revisionistentreffen statt, teilweise unter dem Protest der örtlichen AnwohnerInnen. Unter Revisionisten versteht man diejenigen, die die Nazi-Kriegsverbrechen und Jugendvergasungen revidieren wollen, also sie entweder abstreiten oder rechtfertigen. Nach dem Motto: Es war doch alles gar nicht so schlimm...

Viele Beobachter sprachen bei Christophersens Haus in Kollund von der kommenden internationalen Nazi-Zentrale. Damit war nicht unbedingt gemeint, daß nun bald eine große rechtsextremistische Bewegung entstehen würde, sondern eher eine Freizone für "verfolgte" Nazis aus der ganzen Welt. Um dies zu [illegible]ichen, sollten die dänischen Nazis mithelfen, ihren Kameraden Schutz und gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Damit konnten sich die dänischen Faschisten einen besseren Ruf in ihren Kreisen im Ausland schaffen, da die rechtsradikale Bewegung sonst eher sehr klein und schwach ist.

Im Sommer zog **Meinolf Schönborn**, einst Gründer und Führer der mittlerweile verbotenen deutschen ***Nationalistischen Front (NF)*** nach Dänemark. Er begründete das mit den besseren Arbeitsbedingungen, die er hier vorgefunden hat. Die DNSB hatte eine Wohnung für ihn in dem kleinen Dorf Kværs gefunden, das gerade mal 500 Einwohner hat und nicht weit weg von der deutschen Grenze liegt. In diesem Haus, das sehr schnell verbarrikadiert wurde, planten die Nazis eine neue Druckerei aufzubauen. Das Haus wurde dann von **Hans Krog [illegible]edersen**, einem bekannten faschistischen Arzt, gekauft. Es dauerte nicht lange, bis die lokalen EinwohnerInnen sich gegen die neue Nazizentrale wandten. Anfangs hatten die jüngeren Nazis versucht, mit den Nachbarn in Kontakt zu kommen, aber als diese herausfanden wer die neuen Bewohner des Hauses sind, verschwand jeder Rest von möglicher Sympathie. Die älteren Leute in dieser Zone wurden in den Krieg von Hitlers Reich gezwungen und lehnten deshalb die Faschisten ganz besonders ab.

Bald kam es zu kleineren Demonstrationen vor dem Haus und am 19. September wurde eine Großdemo in Kværs geplant. In Kopenhagen und Jütland wurden Busse organisiert, mit denen AntifaschistInnen aus ganz Dänemark nach Kværs fuhren. Als die Antifas, meist Autonome, im Ort ankamen, hatte die Polizei schon mit Hunden brutal Lokaleinwohner angegriffen. Dadurch wurde es zu unserer Aufgabe, die Leute vor der Polizei zu schützen.

Schließlich wurde es eine friedliche Demo mit etwa 2.000 TeilnehmerInnen. Nachdem die Busse wieder weggefahren sind, hatten lokale EinwohnerInnen das Haus der Nazis angegriffen, Steine in die Fenster geworfen und sie haben es letztendlich geschafft, die Faschisten zu vertreiben. Und das ging schnell - die Reichskriegsflaggen, T-Shirts und Nazi-Propaganda mußten sie zurücklassen... Es war nicht schwierig herauszufinden, wohin die Faschisten dann gefahren sind: 10 Kilometer von Kværs entfernt wohnt Thies Christophersen.

Bald darauf, mit den positiven Erfahrungen von Kværs vor Augen, begannen die EinwohnerInnen von Kollund sich gegen Christophersen und die anderen Nazis zu organisieren. Spontan entwickelte sich eine Demo mit 2.000 Leuten. Gemeinsam haben die Bürgerinitiativen von Kollund und Kværs das ganze organisiert. Wieder waren es vor allem die lokalen EinwohnerInnen, die sich an dem Protest beteiligten und einige von ihnen haben dann sogar mit Flaschen und Fackeln Christophersens Haus angegriffen. Einige Tage später meldete Christophersen, daß er wieder nach Deutschland gehen wolle. Wobei nun auch bekannt wurde, daß er schon in der Vergangenheit öfters in Deutschland war - und trotz Haftbefehl nicht festgenommen wurde!

Am 8. Oktober gab es dann eine Demo am Haus des DNSB-Führers **Jonni Hansen**. Er hat sich mit seinen Kameraden in Greve, etwa 20 km südlich von Kopenhagen verschanzt. 1.500 Menschen nahmen daran teil. Wieder eine Woche später: Eine Demonstration von 2.000 AntifaschistInnen in Kollund, um Christophersen nochmal zum Abhauen aufzufordern. Diesmal gab es härtere Reaktionen vom Staat. Zum Beispiel wurden etwa 250 AntifaschistInnen aus Deutschland nicht über die Grenze gelassen, deutsche und dänische Grenzler arbeiteten dabei gut zusammen. Trotzdem konnten ca. 100 antifaschistische Deutsche teilnehmen. Einer der Festgenommenen, ein 39jähriger Däne, ist mittlerweile wegen "Morddrohungen" gegen Christophersen angeklagt worden. Er soll mit anderen gewaltsam in Christophersen Haus eingedrungen und ihn "brutal geschüttelt" haben.

Zur Zeit entsteht in Dänemark eine breite antifaschistische Bewegung. Aber nicht wie die Lichterketten in Deutschland. Dieses hier kommt von unten und nicht von der Machtelite oder den Bonzen, die Angst haben um den Ruf in der Welt. Es sind vor allem Bürgerinitiativen und Jugendgruppen wie ***Rebel***, ***AFA*** oder die ***Rode Ungdom***, die diese Bewegung von unten tragen - und sie deshalb auch sympathischer machen. Nur die selbstständigen und eigenhändigen Aktionen sind imstande, etwas zu verändern. Die Behörden nicht, denn sie greifen lieber die Antifas an, als die Opfer der Faschisten zu schützen. Die positiven Erfahrungen der letzten Wochen und Monate sind aber eine große Stärkung für die antifaschistische Bewegung in Dänemark! Viele bürgerliche Menschen haben sich an den Aktionen beteiligt und es ist jetzt sehr verbreitet, gegen Nazis vorzugehen. Natürlich sehen viele das Problem anders, als die organisierte Antifa, viele sehen nur die Nazis und keinerlei Zusammenhänge mit dem System und den Regierenden. Trotzdem ist es sehr gut, weil auch viele verschiedene Menschen und Aktionsformen zusammenkommen. Und die rechte Presse schreit auf: "Die Bauern trinken zusammen Kaffee mit den Autonomen!"

Antifa-Zeitschriften

In dieser Rubrik werden neuerschienende antifaschistische Zeitungen vorgestellt. Die angegebenen Preise sind immer nur die für den Einzelverkauf. Bei Bestellungen also auf jeden Fall noch 2,00 DM für's Porto beilegen!

AntiFa
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
3,00 DM, #11/94
Inhalt:
Zunehmende Gewalt
Traditionen der Bundeswehr
Kaindl-Prozeß als Instrument gegen Links
Anarchronistischer Zug
Gespräch mit J. Kanal
Frankl-Ausstellung
Ausstellung über das KZ Oranienburg
Politik der´gepanzerten Faust
Vaterlandslose Gesellen
Erinnerungen an einen NS-Terrorprozeß in Breslau
Buchbesprechung
Sympositum in Strasbourg gegen Rassismus
Richard Sorge
NS-Morde auf Bornholm
Holocaust-Mahnmale
Sieben Tote durch rechte Gewalt
Kommunistenverfolgung in der Alt-BRD

Antifa Infoblatt
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
5,00 DM, #28
Inhalt:
Berliner Innensenat und Faschos
Bundeskanzler und Fascho
V-Mann außer Kontrolle
VS-Anwerbeversuch
Schönborn in Dänemark
Repression gegen Antifas
Nazi-Kurzmeldungen und Bericht
Die "Nationalrevolutionäre" in der Weimarer
Was ist Nationalbolschewismus?
Die NF-Nachfolgepartei SrA besteht weiter
Faschisten in Rathenow
Rudolf-Heß-Gedenkmarsch
Handel mit Kriegsverbrecheraktien
Argentinien
Schweden
Österreich

Antifa Jugendinfo BRD
Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
2,00 DM, #13
Inhalt:
Liberal-Extremismus
Tod an der Grenze
Antifas ermordet
Aktion NOTEINGANG
Wiking-Jugend
"Kaindl-Prozeß"
Comic
Graffiti
Briefe gegen das Vergessen
Dänemark
Österreich
Ingo Hasselbach
Public Enemy
Yok Quetschenpaua

Antifa Jugendinfo Hamburg
c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46,
20357 Hamburg
0,50 DM, #14
Inhalt:
Jugendliche aus der Türkei
"Freie Bürger" in Hamburg
Der "Bund freier Bürger"
Strafverfahren gegen Antifas
Konzertberichte
Kürzungen im Jugend- und Sozialbereich

Antifa-Nachrichten Wien
c/o Gras, Lindengasse 40, A-1070 Wien
20 Öschi, #1
Inhalt:
NSDAP/AO
RAF von rechts?
Franz Radl jr.
Briefbomben-Ermittlungen
Über die Ö-Nazis
Nazi-Terror und FPÖ
Andreas Sammer
Anti-Antifa



Gegen das "68 von Rechts
Extrem rechte Lehrer
Chronologie
Vorstellung von Nazigruppen

fraz
Postfach 51, 77686 Kehl-Kork
1,50 DM, #4
Inhalt:
Rostock
Wolfgang Schäuble
Irmgard Möller seit 22 Jahren im Knast
Inhaftierte AntifaschistInnen
Polizei und Faschisten - gute Freunde
Kurdische Frauen
Aktion Leben e.V.
Phillip-Morris-Boykott
Zu den Wahlen
Märchen
Rechtstips

Infoladen Zapalotta Flugblattsammlung
Kirchstr. 4, 79539 Lörrach
September 94
Inhalt:
Antifa-Chronologie Waldshut (1988-94)
Komitee ausländischer Kulturvereine
Weltfriedenstag
Besetzungen nicht mehr geduldet
Besetzung Hochstr. 67
Projektgruppe Uruguay
Antifa-Gençlik-Prozeß
Le Sabot Infoladen: Termine

Rechter Rand
Rolandstr. 16, 30013 Hannover
2,50 DM, #31
Inhalt:
Gesamttiroler Freiheitskommers
Erhard Hartung
Wahlerfolge für Faschisten
Die "Stille Hilfe"
Die "Neue Rechte"
"Negerklatschen" ohne Folgen
Der "Berliner Appell"
Justiz gegen die Antifa
Braune Ökos feiern Hermann Löns
Deutsche Nazis in Dänemark
"Ex"-Nazi Markus Lüdecke
Frankfurter Buchmesse

Subbotnik in L.A.
c/o Initiative für eine Vereinigte Linke,
Große Klausstr. 11, 06108 Halle
1,00 DM, #65
Inhalt:
Zu den Wahlen
Landwirtschaft Ost
Schwul-lesbische Filmtage Halle
Bleiberecht für Deserteure
Angstträume von Frauen
Anwerbeversuch des Verfassungsschutzes in Sachsen-Anhalt
AusländerInnen in Halle
Tag des Flüchtlings

Linke Szene? Gute Nacht!
Verfahren gegen Antifas in Magdeburg eingestellt
Nazi-Überfall auf Kulturzentrum
Vernetzungstreffen

TATblatt
Gumpendorfer Str. 157/11, A - 1060 Wien
15 Ö-Schis, #18/94
Inhalt:
Kunst ist eine Waffe!
HipHop in Österreich
Kongreß-Bericht
Blick ins Grüne
Frauenaktionstag
Autonomes Stadtradio
Kriminalisierung von Antifas
Freilassng von Ly und Barry
Peotest gegen Wahlwerbung

Jorg Haider
Belfast
Antisemitismus in der Linken

Thüringer Antifa-Nachrichten
c/o Joseph Grüne, Eislebener Str. 3 / 71, 99086 Erfurt
1,50 DM, Oktober/November
Inhalt:
Deutsche Polizisten...
Anti-Antifa
Der Aufstieg Berlusconis
Antifa-Ratschlag Thüringen
Gedenktag der Opfer des Faschismus
Faschistische Strukturen
20. Juli
999er
Terror gegen den GNN-Verlag
Protest gegen Tiefflüge

Index dieser Ausgabe

Stichworte

Organisationen / Medien

Personen

Orte

		stochen
	4	Mißhandlung
Halstenbek	6	FAP-Kundgebung
Hamburg	6	FAP-Kundgebung
	6	Abschiebung
	6	Prügelpolizisten
Hamm	7	Ausländer raus
Herford	5	Brandanschlag
Hetendorf	5	Einladung
Hohen Neuendorf	17	S-Bahn
Hoyerswerda	9	Rechtsradikale
	19	Morde
Innsbruck (A)	21	Burschenschaften
Italien	20	Rechtskoalition
	20	Mussolini
	20	Deportierte
Kassel	9	Thule-Boxen
Koblenz	8	Friedhof
Köln	6	Rechte Szene
	6	Deutsche Liga
	7	Friedhof
Kollund (DK)	7	Altnazi
	22	Widerstand
	22	Widerstand
Krupunder	6	FAP-Kundgebung
Kværs (DK)	22	Widerstand
Lampertheim	9	Haftstrafen
Luckenwalde	18	Friedhof

Ludwigsburg	8	Selbstmord
Ludwigshafen	11	Bürgerwehr
Lübeck	4	Synagogen
Magedeburg	4	Mildes Urteil
	4	Nazipöbelei
	12	S-Bahn
Mannheim	8	Nazi-Richter
Mölln	19	Morde
München	10	Brandanschlag
Nassau	8	Friedhof
Neubrandenburg	18	Brandstifter
Nörten-Hardenberg	5	Skins
Nürnberg	7	Lehrverbot
	10	Nazi-Lehrer
Österreich	21	Küssel
	21	Briefbomben
	21	Burschenschaften
	21	Hanisch
	22	FPÖ
Oranienburg	16	KZ
	17	Naziaufmarsch
	17	KZ-Gedenkstätte
Polen	22	Naziführer
Potsdam	17	Sklave
	17	Junge Freiheit
Premnitz	17	Rechtsradikale
Reutlingen	11	NPD-Zentrum
Rom (Italien)	20	Mussolini

Rotenburg	8	Mord
Rottenburg	11	Gegen REPs
Salzburg (A)	21	Briefbomben
Schopfheim	11	Antifa-Demo
Schweiz	22	Flüchtlingsheim
Senftenberg	17	Waffenlager
Sonneberg	10	Randale
Sprockberg-Haßlinghausen	8	Überfall
Stockach	11	Brandsanschlag
Stuttgart	10	Aufgelöst
	11	Angegriffen
Tübingen	11	Asylbewerberheim
Vorarlberg (A)	21	Briefbomben
Warschau (PL)	22	Naziführer
Wedemark	5	Friedhof
Weimar	9	Junge Freiheit
	10	Buchenwald
	10	Festgenommen
Witten	6	Rechte Szene
Wurzen	9	Portugiesen
Zittau	9	Ermordet
	9	Behinderter
Zwingenberg	8	Republikaner

Abkürzungen der Quellenangaben:

AJI	Antifa Jugendinfo
AN	Antifaschistische Nachrichten
Bad.Z.	Badische Zeitung
BB	Berliner Berichte
BeZe	Berliner Zeitung
BK	Berliner Kurier
bnr	Blick nach Rechts
BZ	BZ Berlin
JW	Junge Welt
ND	Neues Deutschland
NE	Nation und Europa
OZ	Ostsee-Zeitung
taz	Die Tageszeitung
Tsp	Tagesspiegel